



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 »nicht mehr zu sehen«  
Ein Schriftzug für den Erinnerungsort KZ Columbia in Berlin  
*Stefanie Endlich*
- 14 lost/found/art.  
Von der historischen Spur zum Erinnerungskunstwerk – Partizipatives Kunstprojekt  
und Sonderausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen  
*Astrid Ley*
- 21 Kooperationsmöglichkeiten zwischen Gedenkstätte und Archiv –  
eine Handreichung der BKK  
*Ulrich Nieß und Susanne Schlösser*
- 34 Eine bundespolitische Lobby für über 300 aktive Erinnerungsorte –  
Verband der Gedenkstätten in Deutschland gegründet  
*Harald Schmid*
- 39 Veranstaltungshinweise
- 45 Literaturhinweise

# »nicht mehr zu sehen«

EIN SCHRIFTZUG FÜR DEN ERINNERUNGORT KZ COLUMBIA  
IN BERLIN

Stefanie Endlich

Das Columbia-Haus war das einzige offizielle Konzentrationslager der SS auf Berliner Stadtgebiet. Nach 1945 geriet seine Existenz in Vergessenheit. Es lag mitten in der Reichshauptstadt und bestand bis November 1936. Nun wird ab Sommer 2021 am Columbiadam, wenige Schritte vom nordwestlichen Zugang auf das Tempelhofer Feld entfernt, ein irritierender Schriftzug mit großen Lettern auf den historischen Ort aufmerksam machen. Er ist Ergebnis des Wettbewerbs »Temporäre Gestaltung am Erinnerungsort KZ Columbia«. Dessen Auslober war die Stiftung Topographie des Terrors. Der folgende Beitrag gibt einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Columbia-Hauses, berichtet über die seit den 1980er-Jahren unternommenen Initiativen, an den Ort und seine Rolle in der NS-Zeit zu erinnern, und stellt das Ergebnis des Wettbewerbs vor.

## Das Columbia-Haus

Die bauliche Anlage wurde 1896 als Militärarrestanstalt am Nordrand des Tempelhofer Feldes erbaut, das damals als Parade- und Exerziergelände des preußischen Militärs genutzt wurde. Das Gefängnis gehörte zu einem Kasernenkomplex auf der gegenüberliegenden Straßenseite, der damaligen Prinz-August-von-Württemberg-Straße. Diese wurde 1929 in Columbiastraße umbenannt, nach dem Flugzeug »Miss Columbia«, das 1927 auf dem inmitten des Tempelhofer Feldes gelegenen alten Flughafen Tempelhof gelandet war. Auch dieser alte Flughafen, bei seiner Eröffnung 1923 der größte Europas, ist heute fast gänzlich vergessen; er befand sich im nordöstlichen Bereich des heutigen Parks und wurde im Krieg zerstört. In New York gestartet, hatte die »Miss Columbia« den ersten Transatlantikflug hinter sich, der mit einem Passagier unternommen wurde.



Kasernenanlage (links)  
mit Militärarrestanstalt  
(rechts) auf einer Post-  
karte von 1905  
Sammlung  
Hans-Ulrich Schulz



Die Militärarrestanstalt,  
Blick von Südosten auf  
die Hofseite, 1897  
Landesarchiv Berlin,  
F Rep. 290 (03)  
Nr. II12403 / Foto:  
Waldemar Titzenthaler

Der Name dieses Eindecker-Flugzeugs wurde so zur Bezeichnung einer der schlimmsten Haftstätten des NS-Regimes. Die Kasernengebäude entlang des Columbiadamms (so der Name der Straße seit 1950) zwischen Golbener und Friesenstraße werden heute von Polizeidienststellen genutzt.

Die Arrestanstalt mit 156 Zellen hatte die Form einer Dreiflügelanlage, die einen nach Süden geöffneten Hof einfasste. Westlich grenzte ein Gerichtsgebäude an, östlich ein Beamtenwohnhaus. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde die Militärarrestanstalt aufgelöst. Bis Ende der 1920er-Jahre nutzte man die Anlage als »Gefängnis Tempelhofer Feld«. Danach stand das Gebäude vermutlich leer, weil die sanitären Verhältnisse den hygienischen Anforderungen der Weimarer Republik nicht mehr entsprachen.<sup>1</sup> Viele frühe »Schutzhaft«-Lager wurden damals in heruntergekommenen oder leer stehenden öffentlichen Gebäuden eingerichtet. Beispiele für die Unterbringung von »Schutzhäftlingen« in Gefängnissen sind das KZ Lichtenburg in Prettin, Sachsen-Anhalt, das frühe Frauen-KZ Gotteszell bei Schwäbisch-Gmünd und das KZ Fuhlsbüttel in Hamburg, das in einem zum Abriss vorgesehenen Teil der gleichnamigen Strafanstalt eingerichtet wurde. In Berlin nahm die Gestapo vermutlich bereits im Frühjahr 1933, zur Zeit der großen Verhaftungswellen, das Columbia-Haus als Gefängnis wieder in Betrieb. Sie brachte dort vor allem politische Gegner des NS-Regimes unter, die im Hausgefängnis der Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße 8 keinen Platz fanden oder Haftverschärfung erhalten sollten. Täglich verkehrten Transporte zwischen dem Columbia-Haus und der Gestapo-Zentrale, in der die Häftlinge verhört wurden. Beim Columbia-Haus handelte es sich im Grunde um ein zweites »Hausgefängnis« des Geheimen Staatspolizeiamtes. Ab September 1933 waren die 156 Zellen mit durchschnittlich 400 bis 450 Männern überfüllt. Die Gefangenen wurden von den Gestapo- und SS-Männern eingeschüchtert, geschlagen und gequält. Eine bisher nicht eindeutig geklärte Zahl der Insassen fand durch Folter, Misshandlung oder Suizid den Tod.



Die meisten frühen »Schutzhaft«-Lager und Gefängnisse waren von SA-Mannschaften eingerichtet und schon nach wenigen Wochen oder Monaten wieder aufgelöst worden. Das Columbia-Haus hingegen wurde im Dezember 1934, nach einem dreiviertel Jahr als Gestapo-Gefängnis mit SS-Bewachung, der neu eingerichteten »Inspektion der Konzentrationslager« unterstellt. Diese zentrale Dienststelle war zuständig für das nun auf Dauer angelegte, »moderne« KZ-System nach Vorstellungen des »Reichsführer SS« Himmler, mit einem bis ins Detail normierten System der Gewalt. Die willkürlichen Schikanen und Misshandlungen der Anfangszeit wurden durch eine ausgefeilte Lagerordnung mit drakonischen Disziplinar- und Strafbedingungen ersetzt.

Das Columbia-Haus wurde nun als »Konzentrationslager Columbia« (abgekürzt »KL Columbia«) geführt. Die hygienischen Verhältnisse, Verpflegung und Krankenversorgung blieben erbärmlich. Insgesamt waren hier etwa 8000 Männer eingesperrt, vor allem politische Gegner, aber auch Andersdenkende, Kommunisten, Sozialdemokraten, Intellektuelle, engagierte Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte, Journalisten, Geistliche, so genannte »Berufsverbrecher«, nach der »Röhm-Affäre« 1934 auch SA-Männer, nach der Strafverschärfung für »schwere Unzucht zwischen Männern« (Paragraph 175 des Strafgesetzbuchs) im Juni 1935 auch viele Homosexuelle. Jüdische Häftlinge wurden besonders gequält.

Unter den Häftlingen waren zahlreiche Prominente der Weimarer Republik, darunter der sozialdemokratische Politiker Ernst Heilmann, die Kommunisten John Schehr und Werner Hirsch, der Rabbiner und Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden Leo Baeck, der spätere Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker, der kommunistische Sportler Werner Seelenbinder, der Rechtsanwalt Hans Litten, der Jurist – und spätere Chefankläger der USA bei den Nürnberger Prozessen – Robert Kempner, der Schlagerdichter Bruno Balz, die Schriftsteller Kurt Hiller und Armin T. Wegner, der Kabarettist Werner Finck, der jüdische Arzt und KPD-Politiker Georg Benjamin, der

Das Columbia-Haus 1938 kurz vor dem Abriss, im Vordergrund die Bauarbeiten für den neuen Flughafen  
Foto: Berliner Flughafen-Gesellschaft



Denkmal für die Opfer  
des KZ Columbia-Haus  
von Georg Seibert, 1994  
Foto: Stefanie Endlich

jüdische Journalist und Pazifist Berthold Jacob sowie Karl Ebert, ein Sohn des ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert.<sup>2</sup>

SS-Kommandanten und Wachmänner konnten sich im Columbia-Haus für ihren Einsatz in anderen Konzentrationslagern »bewähren«, so auch Karl Otto Koch, später Kommandant der KZ Sachsenhausen, Buchenwald und Lublin-Majdanek. Im November 1936 löste man das KZ Columbia auf und brachte die Gefangenen in das neu erbaute KZ Sachsenhausen bei Oranienburg, von nun an das »Musterlager« der Reichshauptstadt. Das Columbia-Haus wurde 1938 im Zuge des ab 1936 errichteten monumentalen Flughafen-Neubaus abgerissen. Ähnlich wie das frühe KZ Lichtenburg hatte das KZ Columbia gewissermaßen eine Scharnier-Funktion zwischen früher und späterer KZ-Entwicklung inne.<sup>3</sup> Hier werden Entwicklungslinien der Ausweitung und Radikalisierung der NS-Verfolgung besonders deutlich.

### **Etappen des Erinnerns**

Nach vier Jahrzehnten des Vergessens weckte das Forschungsprojekt des Bezirks Tempelhof »Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus aus dem Bezirk Tempelhof« die öffentliche Erinnerung.<sup>4</sup> Es führte 1987 auch zu einer Ausstellung des Heimatmuseums. Im Zusammenhang mit diesen Recherchen entstand der Wunsch nach einem Denkmal. Die Jungsozialisten und andere Gruppen forderten sogar die Einrichtung einer Gedenkstätte mit Begegnungszentrum. Nach einem Kunstwettbewerb 1989/90 wurde im Jahr 1994 der Entwurf des Preisträgers Georg Seibert realisiert. Das Denkmal steht auf der diagonal gegenüberliegenden, nicht mehr zum Bezirk Tempelhof, sondern zum Bezirk Kreuzberg gehörenden Seite des Columbiadamms, weil damals aufgrund der Präsenz der US-Army auf dem Flughafengelände der historische Standort nicht zugänglich war. Für die stadträumlich schwierige Situation entwickelte der Bildhauer das Konzept eines symbolischen Hauses aus Cortenstahl mit abstrahierten Teilen: Außenwand, Trennwand, Giebelwand, Dach. Es ist zur viel befahrenen Straße hin abgeschirmt

und zum Gehweg hin geöffnet. Die Öffnung hat die Form einer simulierten Zellsituation, in der die Passanten mit Gefühlen der Enge konfrontiert werden. Den Abschluss und zugleich das Gegenüber der architektonischen Skulptur bildet eine grabsteinähnliche, gesondert gestellte Giebelwand mit einer Inschrift, vor der immer wieder Kränze und Blumen niedergelegt werden.<sup>5</sup>

Nach der Einstellung des Flugbetriebs wandelte man das Tempelhofer Feld in einen Stadtpark um. Es wird für vielfältige Freizeitaktivitäten genutzt und blieb bisher gemäß einem Volksentscheid im Jahr 2014 frei von einer neuen Bebauung. Die Rolle des Flughafens in der NS-Zeit war lange vom »Mythos Tempelhof« überdeckt worden: von der Bedeutung des Flughafens während der Berlin-Blockade und der Luftbrücke 1948/49 und von seinem Bild als »Tor zur freien Welt« in der Zeit des Kalten Krieges und als Garant internationalen »Flairs« im eingeschlossenen West-Berlin.<sup>6</sup> Mit den Debatten um die Zukunft des Flughafes rückten jedoch nicht nur dessen Aufenthaltsqualitäten ins Blickfeld der Öffentlichkeit, sondern auch die geschichtliche Bedeutung der gesamten Anlage in ihren verschiedenen Zeitschichten. Dank des Engagements von Bürgergruppen wurde nun besonders ihre Rolle im Nationalsozialismus wahrgenommen.<sup>7</sup> So war das Tempelhofer Feld Schauplatz der ersten nationalsozialistischen Massenkundgebungen mit Hitler-Reden und Speer'schen Lichtinszenierungen. Der wegen des Zweiten Weltkriegs allerdings nicht ganz fertig gestellte neue »Weltflughafen«, damals das größte Einzelbauwerk der Welt, weist charakteristische Merkmale nationalsozialistischer Architektur auf. Aber vor allem zwei Themenkomplexe standen und stehen weiterhin im Zentrum des Bürgerengagements. Zum einen geht es um Erinnerung an das Columbia-Haus und seine Opfer. Zum anderen wurde nun einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass in den Kriegsjahren bei der Rüstungsproduktion in den Räumen und Hallen des Flughafenneubaus und im alten, bis Kriegsende betriebenen Flughafen wie auch bei den Wartungs- und Reparaturarbeiten für die Luftwaffe Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in großer Zahl eingesetzt waren. Der zu ihrer Unterbringung gebaute große Barackenkomplex befand sich südlich des Columbiadamms, etwa zwischen dem Standort des ehemaligen Columbia-Hauses und der Lilienthalstraße.<sup>8</sup>

2010 erarbeitete das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V. im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein Konzept zur »Historischen Kommentierung« des Flugfeldes und Flughafens, das zunächst auf die Zeit des Nationalsozialismus fokussiert war. Eine vom Senat einberufene Expertenrunde empfahl, dieses Konzept auf die gesamte Geschichte des Tempelhofer Feldes auszudehnen. Im Folgejahr beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin:

- »Der Senat wird aufgefordert, bei der Entwicklung des Tempelhofer Feldes
- an das Konzentrationslager im Columbia-Haus, eines der ersten nationalsozialistischen Konzentrationslager in Berlin,
  - die Zwangsarbeiterlager für die Rüstungsproduktion,
  - die Nutzung des bei Kriegsbeginn fast fertiggestellten Flughafenbaus als Fliegerhorst der Luftwaffe



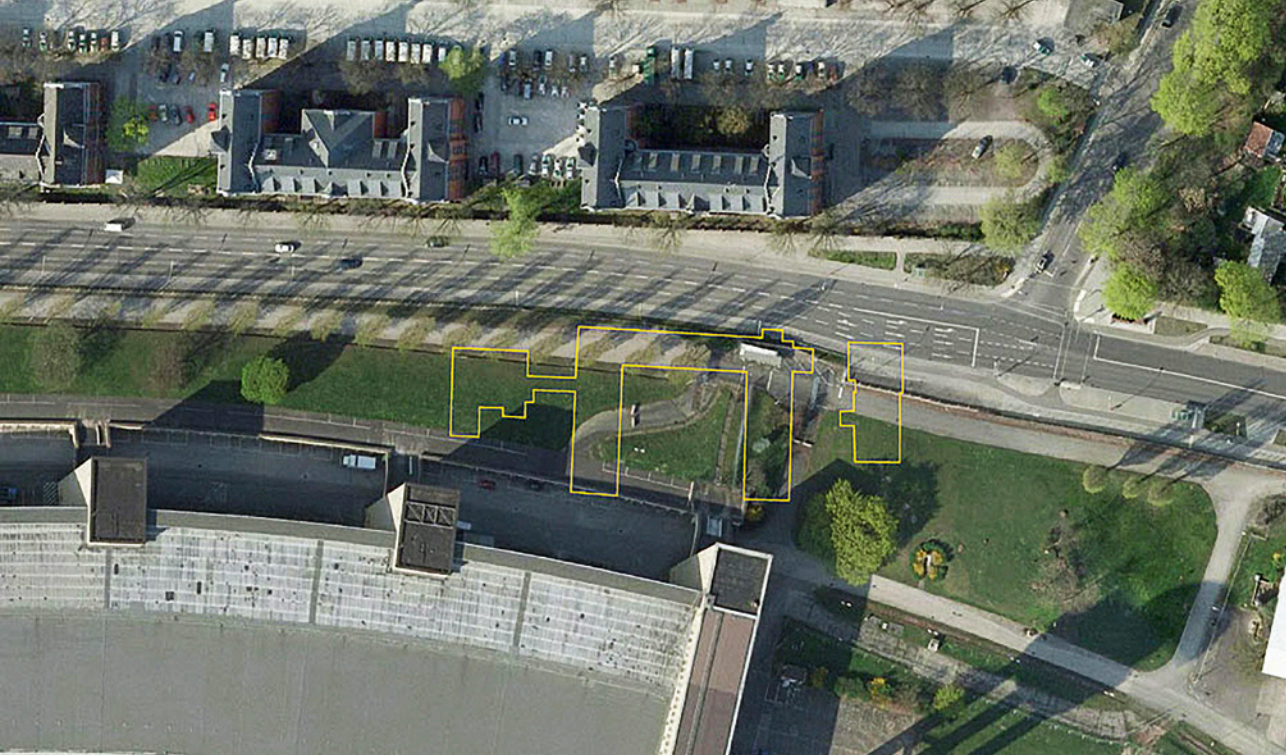
Eine der beiden Informationstafeln zum Columbia-Haus  
Foto: Robert Patz

durch die Schaffung eines Gedenk- und Informationsortes am Columbiadamms dauerhaft zu erinnern und diese Aspekte angemessen in das Gesamtkonzept zur Darstellung der historischen Entwicklung des Tempelhofer Feldes einzubeziehen.«  
(Drucksache 16/4267)

Im Jahr 2012 berief die Topographie des Terrors auf Anregung der Kulturverwaltung einen Runden Tisch »Historische Markierung Tempelhofer Feld« ein. Zum Informationsaustausch eingeladen waren die verschiedenen Institutionen und Gruppen, die an Planungen und Projekten für diesen Ort beteiligt sind, Vertreterinnen und Vertreter von Museen und Erinnerungsstätten, sowie verschiedener Senatsverwaltungen und des Bezirks Tempelhof-Schöneberg, die für das Gebäude zuständige Tempelhof Projekt GmbH, die für das Tempelhofer Feld zuständige Grün Berlin GmbH, das Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. Beteiligt waren auch Vertreterinnen und Vertreter des Fördervereins »THF 33–45« (Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.), deren Mitglieder sich bereits seit den späten 1980er-Jahren der Erforschung der NS-Geschichte vor Ort widmen. Auf dessen Initiative wurde im Juni 2014 eine Gedenktafel für die Opfer des KZ Columbia und der Zwangsarbeit am ehemaligen Haupteingang des Flughafens angebracht. Eine grundsätzliche Forderung des Runden Tisches war und ist die Einrichtung eines Erinnerungs- und Informationsorts »Tempelhofer Feld/ehemaliger Flughafen Tempelhof« zur weiteren Auseinandersetzung mit der Geschichte des Flughafens während der NS-Zeit. Der Runde Tisch kam bis Ende 2020 unter dem Dach der Topographie des Terrors zusammen. In Zukunft soll er von der Tempelhof Projekt GmbH betreut werden. Die von der Topographie des Terrors erarbeitete Ausstellung »Ein weites Feld. Der Flughafen Tempelhof und seine Geschichte« wurde 2019 im ehemaligen Flugsteig-Wandelgang und 2020 im neu eröffneten Besucherzentrum »Check-In« gezeigt. Ihr Schwerpunkt liegt auf der NS-Zeit.<sup>9</sup>

Der »Informationspfad zur Geschichte des Tempelhofer Feldes« entstand im Auftrag der Tempelhof Projekt GmbH und der Grün Berlin GmbH und wurde 2012 bis 2015 realisiert.<sup>10</sup> Seine insgesamt 27 Bild-Text-Tafeln befinden sich vor allem auf dem ehemaligen Flugfeld sowie auf dem Vorplatz des Flughafengebäudes und in dessen Außenbereichen zur Straße hin. Er behandelt alle Etappen der Geschichte des Standortes: die Tempelhofer Feldmark zur Zeit der Tempelritter im 13. Jahrhundert, Übungsgelände für das preußische Militär, Experimentierfeld für Flugpioniere, den 1923 erbauten ersten Flughafen, die Zeit des Nationalsozialismus, Sport- und Freizeitanlagen, Berlin-Blokkade, Luftbrücke der Alliierten und Nutzung als Militär- und Zivilflughafen bis in die 1990er-Jahre.

Zwei Geschichtstafeln am ehemaligen Standort des Columbia-Hauses auf der Südseite des Columbiadamms nahe dem nordwestlichen Zugang auf das Tempelhofer Feld und zwei Tafeln zur Zwangsarbeit am Ort des damaligen Barackenlagers wurden als erste im Jahr 2012 enthüllt. Angesichts der dringlichen Forderungen der Bürgergruppen hatte die Aufstellung dieser Tafeln gewissermaßen Signalcharakter. Sie sollten, so war die Planung, die Kristallisationspunkte einer hier geplanten Vertiefung der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit kenntlich machen und in die breitere Öffentlichkeit tragen. Im Rahmen der archäologischen Grabungen im Bereich der ehemaligen Zwangsarbeiterlager-Baracken 2012 bis 2014 suchte man auch am Columbia-



damm nach baulichen Relikten der Militärarrestanstalt. Dabei legte man einige wenige Reste frei, schüttete sie jedoch anschließend zum Schutz wieder zu.

In welcher Form und in welchem Zeitraum der vom Abgeordnetenhaus 2011 beschlossene und vom Runden Tisch geforderte Gedenk- und Informationsort am Columbiadamm realisiert wird, ist weiterhin offen. Erste Überlegungen zu »archäologischen Zeitfenstern«, künstlerischen Installationen und räumlichen Strukturen auf dem Gelände wurden nicht weiter vertieft; ein Gesamtkonzept für einen Erinnerungsort liegt noch nicht vor. Auch die Planungen für den Freiraum generell sind noch nicht abgeschlossen. Eine immer wieder diskutierte, wenn auch – noch? – durch den Volksentscheid verhinderte Bebauung der Randbereiche würde die Standorte von KZ und Zwangsarbeit am Columbiadamm unmittelbar tangieren. Noch viele offene Fragen gibt es zudem bei der umfangreichen Sanierung und schwierigen zukünftigen Nutzung des riesigen maroden Flughafengebäudes. Die geplante »Geschichtsgalerie« auf dem 1,2 Kilometer langen, eindrucksvollen Flughafendach, die vor allem von der Panorama-Präsentation der Flughafen- und Flugfeld-Geschichte, von dem atemberaubenden Blick über das weite Gelände ausgehen und sich dann im Treppenturm fortsetzen soll, kann die NS-Geschichte nur vorsichtig streifen; ein »Feldherrenblick« hinunter auf die historischen Standorte wäre fatal. Angedachte Augmented-Reality-Präsentationen sind für das Thema NS-Verfolgung schwer vorstellbar. Vermutlich wird man in diesem Zusammenhang eher auf andere Erinnerungsorte zu diesem Thema in der Stadt verweisen, solange noch kein eigener auf dem Gelände existiert.

Luftbild des Standortes mit Grundriss des Columbia-Hauses; nördlich des Columbiadamms die Kasernenbauten. Landesdenkmalamt Berlin, Edward Collins

### Der Wettbewerb

Vor allem die Unwägbarkeiten der Planungen für den Außenbereich gaben den Anstoß für den im Juni 2020 ausgelobten Wettbewerb zum KZ Columbia. Auslober war, wie erwähnt, die Topographie des Terrors in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für

Kultur und Europa und dem Grundstückseigentümer Land Berlin, vertreten durch die Tempelhof Projekt GmbH. Die Grundidee war, Entwürfe zunächst nicht für eine dauerhafte, sondern für eine temporäre Gestaltung am zukünftigen Erinnerungsort einzuholen, um größere Aufmerksamkeit für das Thema zu gewinnen. »Die Gestaltungsaufgabe für die Teilnehmer\*innen«, so der Auslobungstext, »besteht darin, mit ihrem Entwurf die Bedeutung des Ortes freizulegen, zu kennzeichnen und damit wieder zum Sprechen zu bringen. Mit der Gestaltung des Erinnerungsortes kann die Aufarbeitung am Ort nicht abgeschlossen sein. Ein zentrales Anliegen ist es daher, mit einer temporären Gestaltung für die Dauer von mindestens zwei Jahren auch eine sichtbare Grundlage für die Weiterführung des öffentlichen Diskurses zu dieser Thematik zu schaffen. Die Entscheidung über eine Verlängerung der temporären Gestaltung am Erinnerungsort und über die Neugestaltung im Rahmen eines Gesamtkonzepts werden die Beteiligten des Landes Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft treffen.« Die Mittel für dieses Projekt kamen von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Für die Realisierung stellte sie insgesamt 95 000 Euro zur Verfügung. Zur Teilnahme eingeladen wurden, als Ergebnis eines offenen Bewerbungsverfahrens, acht Gestalterinnen und Gestalter beziehungsweise Gestaltungsbüros.

Nicht unumstritten war die Entscheidung, keinen Kunst-, sondern einen Gestaltungswettbewerb auszuloben. Kunstwerke, auch temporäre, können durchaus in der Lage sein, stadträumliche oder historische Situationen auf eindrucksvolle Weise zu markieren. Wenngleich sich das Selbstverständnis der Sparten bildende Kunst und Gestaltung beziehungsweise Design unterscheidet, sind die Grenzen zwischen beiden fließend. Im Gegensatz zum Architekturberuf sind die Berufsbezeichnungen für beide Sparten nicht geschützt. Für beide wird daher in Wettbewerbsauslobungen oder Bewerbungsverfahren vorab definiert, welche Qualifikationen oder Abschlüsse die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils mitbringen müssen. Die Entscheidung für einen Gestaltungswettbewerb kam vermutlich zustande, weil man sich angesichts der schwierigen Gemengelage an diesem Standort eher unkomplizierte, schnell realisierbare und auch für Laien verständliche Entwürfe erhoffte. Das zur Teilnahme eingeladenen Architekten-Gestalter-Team Bennis und Weidner Händle Atelier entwickelte jedoch eine Grundidee, die der oft mit Worten und Texten arbeitenden Konzeptkunst nahe steht.

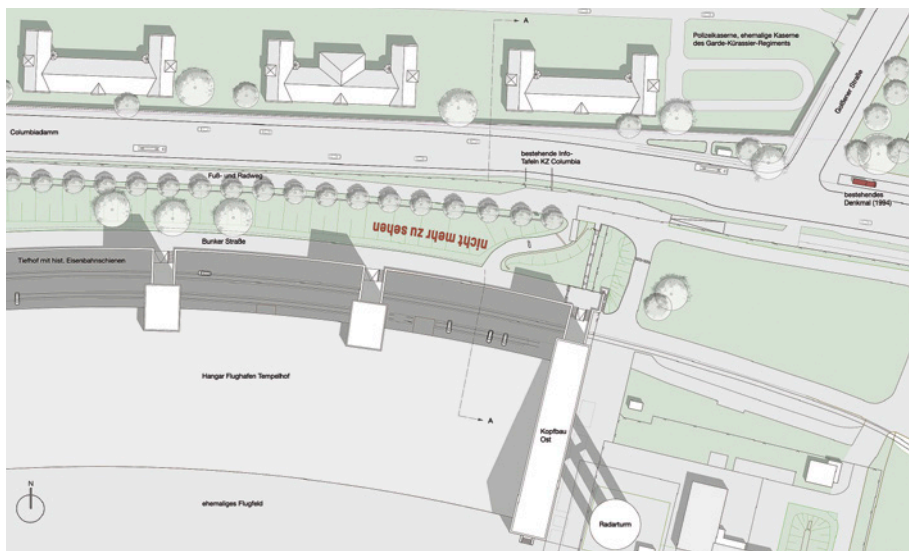
Die Aufgabe stellte die Teilnehmenden vor eine große Herausforderung. Der Bearbeitungsbereich ist ein unwirtlicher, disparater, in Verkehrs-, Rest- und Freiflächen zergliederter, von Zaun- und Toranlagen durchschnittener Geländestreifen entlang eines am östlichen Teil des mächtigen Flughafengebäudes vorbeiführenden Weges, zwischen der stark befahrenen Fahrbahn des Columbiadamms und einer Böschung, die fast an die östlichen Teile des Flughafengebäudes heranreicht. An dieser Stelle überlagert die Böschung den historischen Garagentrakt des Columbia-Hauses. Der Fuß- und Radweg wird stark genutzt; an ihrem Seitenstreifen befinden sich die beiden Informationstafeln zum Columbia-Haus. Die Situation am Kopfbau Ost wird sich wesentlich ändern, denn genau hier soll später einmal ein Zugang zur geplanten Geschichtsgalerie geschaffen werden. Der Grundriss des historischen Columbia-Hauses überschneidet sich in großen Teilen mit der Böschung und ragt aufgrund der damals leicht veränderten Straßenführung ein Stück in den Columbiadamms hinein. Die beiden Tafeln des Historischen Informationspfades sollen, so der Wunsch des Auslobers, in den Entwurf integriert werden.



Interessante Tafelgestaltungen oder die Nachzeichnung von Grundrissen wären eigentlich, so möchte man meinen, die nächstliegenden Formen der Annäherung an die Wettbewerbsaufgabe. Der Auslober wünschte allerdings keine zusätzlichen Informationstafeln, sondern »durch den Einsatz unterschiedlicher Materialien und Medien eine andere Art der Kennzeichnung«. Eine Grundrissmarkierung wiederum wäre hier durch Höhen- und Bodenunterschiede erschwert. Welche anderen Gestaltungsmöglichkeiten könnte man sich hier vorstellen?

Das Preisgericht tagte am 14. September 2020 unter dem Vorsitz von Ursula Wilms, Architektin des Neubaus der Topographie des Terrors und des nationalen Gedenkorts für die Opfer der »Euthanasie«-Morde. Es prämierte den Beitrag »nicht mehr zu sehen« von Martin Bennis und dem Weidner Händle Atelier mit dem ersten Preis und empfahl einstimmig, diesen Entwurf zu realisieren. Das Wettbewerbsergebnis mit einer Kurzdarstellung aller Entwürfe kann auf der Website der Topographie näher betrachtet werden.<sup>11</sup> Der zweite Preis ging an den Entwurf »Zeitspuren« von Holzer Kobler Architekturen. Sie schlagen vor, den Grundriss des Columbia-Hauses auf fragmentarische Weise mit einer dunklen Holzkonstruktion nachzuzeichnen, auf deren Oberkante Zitate von Häftlingen zu lesen sind. Mit einer Anerkennung wurde der Entwurf »Freie Entwicklung« des Studios Sophie Jahnke, Bérengère Chauffeté, Franz Reschke Landschaftsarchitektur bedacht. Sie schlagen ein diskursives, prozesshaftes Konzept vor, das durch räumliche Interventionen ergänzt wird, zum Beispiel durch Markierung des Grundrisses als gelbe Umrisslinie mit Schildern, die denen einer Baustelle oder einer archäologische Grabung ähneln. Kontrovers diskutiert wurde der Entwurf »Warum schweigt die Welt« (Satz aus einem Artikel des Journalisten Berthold Jacob von 1936 und Titel der Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand) von Wandel Lorch Architekten (3. Runde). Sie entwarfen eine Installation, in der sich dieser in großen Buchstaben auf der Böschung angebrachte Satz mit einem über alle Stockwerke reichenden Banner am Kopfbau Ost

Perspektive des Schriftzugs auf der Böschung  
Fotomontage:  
Martin Bennis,  
Weidner Händle Atelier



Lageplan mit  
Schriftzug  
Martin Bennis/  
Weidner Händle Atelier

verbindet, das das Foto eines Zellengangs des KZ Columbia zeigt; dieses Foto stammt aus dem Fotoalbum des KZ-Kommandanten Karl Koch.

Martin Bennis und Weidner Händle Atelier montieren in ihrem zur Realisierung ausgewählten Entwurf eine Buchstabenfolge entlang der Böschung, die den historischen Garagenzug des Columbia-Hauses überspannt. Der weithin sichtbare Schriftzug »nicht mehr zu sehen« ist eine »Textbotschaft, die sich an die Passanten im Bereich des Columbiadamms adressiert«, schreiben die Verfasser in ihrem Erläuterungsbericht. »Es ist ein lapidares und lakonisches Satzfragment, das die Fragen nach dem ›Was‹ und dem ›Warum‹ nahelegt. Die Textbotschaft und die Art ihrer Präsentation öffnen einen Assoziationsraum: Was ist hier nicht mehr zu sehen? Warum ist hier nicht mehr zu sehen?« Das Wort »mehr« kann hier also zeitlich gedeutet werden, einen Verlust ausdrücken – oder auch das Verlangen, dass mehr da sein müsste als das, was man sieht. Die großformatigen Lettern sollen aus Flächen mit grobem rötlichem Ziegelsteinbruch geformt und von Stahlbändern gefasst werden. Ihr Farbton ähnelt dem der backsteinernen Fassaden der gegenüberliegenden Polizeikaserne und damit auch den Backsteinmauern des Columbia-Hauses, aber auch dem rötlichen Cortenstahl des Denkmals auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

»Die Strategie für den historischen Ort des KZ Columbia«, so die Verfasser, »ist nicht das ›Markieren‹ der Lage, sondern das eigenwillige und mehrdeutige Thematisieren der Abwesenheit von historischer (Bau-)Substanz. Sinn der Botschaft ist die Frage nach ihrem Bezug.« Mit seiner absichtsvoll rätselhaften Installation hat dieser Entwurf keinen instrumentellen, sondern einen genuin künstlerischen Charakter, der eher minimalistisch als übermächtig ausgeprägt ist. Die einzige Erläuterung vor Ort, die Antworten auf die hier provozierte Frage geben könnte, ist auf den beiden bestehenden Informationstafeln zu finden. Mit ihnen und dem bereits bestehenden Denkmal entsteht so ein dreiteiliges, in drei Zeitetappen entstandenes Ensemble von Frage, Antwort und Gedenken, das mit verschiedenen Formen der Annäherung auf den historischen Ort verweist. Die Jury würdigte dieses Konzept in ihrer Beurteilung: »Der Entwurf überzeugt durch seinen klaren und schlüssigen künstlerischen Gestaltungsansatz. Das Satz-

fragment, das Fragen nach dem ›was‹ und ›warum‹ auszulösen vermag, überzeugt als Mittel, das Interesse von Besucher\*innen auf den Ort und seine Geschichte zu lenken.«

Der Berliner Architekt Martin Bennis und das Stuttgarter Gestaltungsatelier Berthold Weidner und Luisa Händle haben seit zwei Jahrzehnten das visuelle Bild vieler Erinnerungsprojekte gemeinsam entwickelt, darunter die Historische Kommentierung des Olympiageländes Berlin, dauerhafte Open-Air-Ausstellungen für die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen, Dachau, Lieberose-Jamlitz, für das Todesmarsch-Museum Belower Wald, für den Gedenkort Fort Zinna in Torgau und den Todeszug-Gedenkort in Tröbitz. Ihre Arbeit zur Erinnerung an das KZ Columbia soll noch im Sommer 2021 realisiert werden.

**Dr. Stefanie Endlich**, freiberufliche Publizistin, Honorarprofessorin für Kunst im öffentlichen Raum an der UdK Berlin, war Jury-Mitglied beim Gestaltungswettbewerb für den Erinnerungsort KZ Columbia. Gemeinsam mit Monica Geyler-von Bernus und Beate Rossié hat sie 2012–2015 den »Informationspfad zur Geschichte des Tempelhofer Feldes« erarbeitet.

- 1 Die historischen Abschnitte stützen sich vor allem auf: Kurt Schilde, Johannes Tuchel, Columbia-Haus. Berliner Konzentrationslager 1933–1936, Berlin 1990; Karoline Georg, Kurt Schilde, Johannes Tuchel, »Warum schweigt die Welt?« Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung, Berlin 2013; Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart e.V., Geschichtstafeln zum Columbia-Haus, Teil des Geschichtspfades zum Tempelhofer Feld, 2012; Auslobung der Topographie des Terrors zum Wettbewerb »Temporäre Gestaltung am Erinnerungsort KZ Columbia«, Juni 2020 (S. 23–27).
- 2 Einzelne Portraits in: Karoline Georg, Kurt Schilde, Johannes Tuchel, »Warum schweigt die Welt?«, a.a.O. Siehe die Website: [www.columbiahaus.de](http://www.columbiahaus.de)
- 3 Kurt Schilde, Vom Tempelhofer Feld-Gefängnis zum Schutzhaftlager: Das »Columbia-Haus« in Berlin. In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Bd. 2, Berlin 2002, S. 65–81; Johannes Tuchel, Das Konzentrationslager Columbia, in: Günter Morsch, Von der Sachsenburg nach Sachsenhausen. Bilder aus dem Fotoalbum eines KZ-Kommandanten, Berlin 2007, S. 71–78; Stefanie Endlich, Die frühen Konzentrationslager. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Die Anfänge der braunen Barbarei, München 2004, S. 61–82
- 4 Kurt Schilde, Vom Columbia-Haus zum Schulenburgring. Dokumentation mit Lebensgeschichten von Opfern des Widerstands und der Verfolgung von 1933 bis 1945 aus dem Bezirk Tempelhof, Berlin 1987; derselbe: Erinnern und nicht vergessen. Dokumentation zum Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus aus dem Bezirk Tempelhof, Berlin 1988
- 5 Stefanie Endlich, Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, Berlin 2007, S. 437–439
- 6 Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus, Flughafen Tempelhof – Berlins »Tor zur Welt« im Kalten Krieg. In: Deutschland Archiv, 16. 2. 2018, [www.bpb.de/264109](http://www.bpb.de/264109)
- 7 Die für das Tempelhofer Feld aus Stadtmarketing-Gründen eingeführte Bezeichnung »Tempelhofer Freiheit« konnte sich daher schließlich nicht durchsetzen.
- 8 Siehe u.a.: Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.), Kein Ort der Freiheit – Das Tempelhofer Feld 1933–1945. Konzentrationslager – Luftwaffenstützpunkt – Rüstungszentrum, Berlin 2012
- 9 Stiftung Topographie des Terrors (Hrsg.), Ein weites Feld. Der Flughafen Tempelhof und seine Geschichte, Berlin 2019; Seiten 31–41: »Vom Gefängnis zum KZ Columbia«
- 10 Das Konzept und die Realisierung des Informationspfades erarbeiteten Stefanie Endlich, Monica Geyler-von Bernus und Beate Rossié unter dem Dach des Berliner Forums für Geschichte und Gegenwart e.V. Das Design für die Tafeln entwarf Helga Lieser; siehe: <https://gruen-berlin.de/tempelhofer-feld/ueber-den-park/geschichtspfad>
- 11 [www.topographie.de/fileadmin/topographie/public/Presse/pdf/Tempelhof-Text\\_Website\\_Topo\\_12012021\\_PE.pdf](http://www.topographie.de/fileadmin/topographie/public/Presse/pdf/Tempelhof-Text_Website_Topo_12012021_PE.pdf)

# lost/found/art.

VON DER HISTORISCHEN SPUR ZUM ERINNERUNGSKUNSTWERK  
PARTIZIPATIVES KUNSTPROJEKT UND SONDERAUSSTELLUNG  
IN DER GEDENKSTÄTTE SACHSENHAUSEN

*Astrid Ley*

Mit dem Kunstprojekt »lost/found/art. Von der historischen Spur zum Erinnerungskunstwerk« beschriftet die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen neue Wege in der Vermittlungsarbeit. Das Pilotprojekt aus dem Bereich der digital unterstützten kulturellen Bildung wurde im Sommer 2019 in Kooperation mit dem Künstler Hans Molzberger (Houston Baptist University/Atelierhaus Hilmsen) entwickelt. Bestandteile waren vier mehrtägige Kunst-Workshops, die sich an Schüler und Teilnehmende von internationalen Summer-Camps in der Gedenkstätte sowie an junge Erwachsene richteten, und eine Sonderausstellung.

Im Fokus der Workshops standen Fundstücke und andere Exponate aus der Sammlung der Gedenkstätte, die vom Leben der Häftlinge erzählen. Die Gegenstände wurden von den Teilnehmenden mit Objekt-Scannern digitalisiert und mithilfe von 3D-Druckern in neue Objekte transformiert, bearbeitet und zu »Erinnerungskunstwerken« arrangiert. Bei dieser Umwandlung der Objekte in eine abstraktere Form begaben sich die Teilnehmer in eine intensive Auseinandersetzung mit der KZ-Geschichte. Ihre Werke wurden – zusammen mit Arbeiten von Molzberger – in einer großen Sonderausstellung in der Gedenkstätte Sachsenhausen präsentiert, die von August 2019 bis März 2020 zu sehen war.

Das innovative Kunstprojekt bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, Inhalte der KZ-Geschichte mit Hilfe moderner technischer Mittel gestalterisch umzusetzen und dadurch eine eigene Perspektive auf diese Geschehnisse zu entwickeln. Dieser Ansatz erwies sich als vielversprechendes Konzept für die künftige gedenkstättenpädagogische Arbeit.

## **Methoden**

Ist Kunst, der schließlich auch der Tabu-Bruch innewohnt, ein geeigneter Zugang, um sich mit einem Ort wie Sachsenhausen auseinanderzusetzen, an dem Hunderttausende litten und starben, an dem Terror, Gewalt und Ausbeutung herrschten und unvergleichliche Verbrechen begangen wurden? Kann man an einem solchen Ort auf künstlerischem Wege Zeichen setzen, die mutig, provokativ, ja radikal sind, ohne das dort geschehene Leid zu schmälern? Andererseits: Trägt Kunst an einem solchen Ort nicht auch zur Wachhaltung von Erinnerung bei, weil sie spekulativ, einladend und spielerisch ist? Und: Führt Kunst an einem Ort wie Sachsenhausen nicht letztlich alles ad absurdum, was die Nationalsozialisten mit Konzentrationslagern bezweckten?

Tatsächlich ist Kunst an einem Ort wie der Gedenkstätte Sachsenhausen durchaus ein geeignetes Mittel und verdient es, dort präsent zu sein. Kunst kann – anders als die kognitiv-rationalen Vermittlungsformen der historisch-politischen Bildungsarbeit – auch einen emotionalen Zugang zu den Geschehnissen in Sachsenhausen bieten. Kunst zielt auf die Beziehung zwischen Betrachter und Objekt: Künstlerisches Interpretieren von Zeugnissen der KZ-Geschichte ruft Assoziationen hervor, die der gestalterischen



Bearbeitung eines Kunstwerkes, 2019  
Foto:  
Arvid Peschel, Berlin

Auseinandersetzung Nahrung geben und damit zum Ausgangspunkt gelebter Erinnerung werden können. Künstlerisches Interpretieren von Lager-Zeugnissen – also ihre ästhetisch-künstlerische Erforschung – ist stark subjektorientiert, so dass die künstlerisch Tätigen in ihren Darstellungen sichtbar bleiben.

Bei unseren Workshops suchten sich die Teilnehmenden nach einer allgemeinen Einführung zur KZ-Geschichte Gegenstände aus, die sie emotional besonders berührten, provozierten oder verstörten, zumeist Ausgrabungsfunde und Ausstellungsexponate, aber auch Bauten oder Bodenstrukturen. Diese digitalisierten sie zunächst mit Objektscannern und bereiteten die Daten mithilfe einer speziellen Software für den Druck auf. Unter Einsatz von 3D-Druckern, Werkzeug, Farbe etc. fertigten sie dann eigene Kunstwerke aus den digitalisierten Gegenständen an. »Durch die Umwandlung des ursprünglichen Objekts in eine abstraktere Form«, so Hans Molzberger zum künstlerischen Zugang des Projekts, »wird deutlich gemacht, wie sich die Erfahrungen und Erinnerungen wandeln, wenn sie etwa von einer Generation zur nächsten weitergegeben werden.« Nicht jeder Scan-Versuch verlief erfolgreich; gescheiterte Versuche wurden Teil des künstlerischen Prozesses. Doch gerade der Scan-Vorgang, bei dem das Objekt gleichsam aus einer Punktwolke allmählich auf dem Bildschirm entsteht, sowie die digitale Bearbeitung der Daten ermöglichten eine sehr intensive Auseinandersetzung mit den betreffenden Dingen und boten den Teilnehmenden eine neuartige Bildungserfahrung.

Nicht immer konnten die ausgesuchten Objekte alle Fragen sofort beantworten, welche die Teilnehmenden des Kunstprojekts an sie richteten. Die jungen Menschen begaben sich deshalb auf eine historische Spurensuche und übten sich darin, Objekte als historische Quellen zu befragen. Indem sie die Objekte sowohl technisch verfremdeten als auch analytisch dechiffrierten – sie also zugleich abstrahierten und konkretisierten –, begaben sie sich in eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes Sachsenhausen und seiner Objekte, die sich in ihren Kunstwerken deutlich widerspiegelt.

Mit unseren Kunstworkshops wurde eine innovative Form partizipativer Bildungsarbeit erprobt, bei der assoziative Verarbeitungs- und Denkprozesse im Vordergrund

Bearbeitung der Scans  
am Computer, 2019  
Foto: Arvid Peschel,  
Berlin



stehen. Diese Vermittlungsform bietet mehr – und teils auch anderen – Menschen Zugang zur KZ-Geschichte als etwa Texte oder Führungen, da sie voraussetzungsärmer und daher inklusiver ist. Für die Teilnahme am Kunstprojekt »lost/found/art« waren kaum spezielle Vorkenntnisse oder spezifische Sprachkenntnisse erforderlich. Wissens- und Erfahrungshierarchien zwischen den Teilnehmenden kamen daher bei den Workshops kaum auf, und eine gemeinsame Auseinandersetzung – auch über Nationen- und Sprachgrenzen hinweg – konnte stattfinden, wie sich besonders bei den Workshops mit unseren internationalen Summer-Camps zeigte.

### **Objekte, Instrumente und Technologien**

Im Fokus des Projekts standen Objekte aus der Sammlung der Gedenkstätte Sachsenhausen, die aus der KZ-Zeit stammen. Konzentrationslager waren eine Welt ohne Besitz. Was ein Häftling bei der Einlieferung bei sich trug, wurde ihm von der SS abgenommen. Abgesehen von gestreifter Uniform, Schuhen und Essgeschirr besaßen die Häftlinge offiziell nichts. Heimlich beschaffte Dinge aller Art hatten daher im Lager einen enormen Wert. Neben dem unmittelbaren Nutzwert war dies vor allem ihre Eignung als Tauschobjekte. Gegenstände, die sich bei korrupten SS-Leuten oder Mitgefangenen gegen Nahrung eintauschen ließen, sicherten das Überleben.

Für die Beschäftigung mit der KZ-Geschichte sind solche Objekte von großer Bedeutung, denn sie illustrieren die Lebensbedingungen der Häftlinge, symbolisieren konkret deren Armut, Hunger, Angst und Not. Aufgrund ihres Gebrauchs im Lager können sie zudem als materielle Zeugen der SS-Gewalt gelten. Sie belegen die Existenz der Konzentrationslager und das Schicksal der Häftlinge, denn sie sind »dabei gewesen«. Sie wurden der Gedenkstätte später von Überlebenden übergeben oder bei Ausgrabungen gefunden und in die Objektsammlung aufgenommen. In Ausstellungen auf dem Gedenkstattengelände präsentiert, erlangen sie fast automatisch eine Aura, die fernliegende Ereignisse sinnlich erfahrbar zu machen scheint. Gegenstände aus dem Konzentrationslager wurden beim Kunstprojekt mit Objekt-Scannern digitalisiert und unter



Ausstellung  
»lost/foung/art« in der  
Gedenkstätte, 2019  
Foto:  
Arvid Peschel, Berlin

Einsatz von 3D-Druckern in neue Objekte transformiert, welche die Kunstschaffenden anschließend bearbeiteten und zu »Erinnerungskunstwerken« arrangierten. Beim Projekt kamen neue Technologien zum Einsatz: Die meisten jungen Künstlerinnen und Künstler hatten nie zuvor mit 3D-Scannern und 3D-Druckern gearbeitet. Sie setzten sich in den Workshops also nicht nur mit der KZ-Geschichte auseinander, sondern auch mit einem neuen Medium – der 3D-Technik als Kunst- und Ausdrucksform.

Der 3D-Scan eignet sich gut zur Arbeit mit empfindlichen Objekten – selbst wenn sie hinter Vitrinenglas stehen. Mit den mobilen Scannern konnten die Teilnehmenden solche Exponate und Fundstücke sowie räumliche Strukturen digital festhalten. Zum Einsatz kamen tragbare Structure-Sensor-3D-Scanner von *Occipital*, die auf handelsübliche iPads aufgesetzt ein schnelles Erfassen dichter Geometrie ermöglichen, wobei der Bildschirm des iPad als Kontrollmonitor dient. Über die gratis Scanner-App *itSeez3D* wurden die Scans auf einen externen Server hochgeladen und zu einer professionellen Datei (3D-Mesh) verarbeitet. Da sich sehr kleine Objekte mit den mobilen Scannern nicht befriedigend bearbeiten ließen, wurde während des Projekts zudem ein V2-3D-Scanner mit Drehteller besorgt, der kleine Gegenstände mit 0,1 mm Genauigkeit erfasst und als Punktwolke ausgibt, die sich dann mit der zugehörigen Software MF Studio in 3D-Dateien umrechnen lässt.

Die von der jeweiligen Scanner-Software erzeugten Drahtgittermodelle (Mesh) wurden von den Teilnehmenden mithilfe der open source Computerprogramme *Mesh-Lab* oder *Meshtmixer* bearbeitet, also gereinigt, repariert, gerendert, textuiert et cetera und für den Druck vorbereitet. Für den Ausdruck wurden Geräte des *3D Makerbot Repliator+* verwendet, der ein Bauvolumen von 29,5 cm (Länge) × 19,5 cm (Breite) × 16,5 cm (Höhe) aufweist. Dadurch war die Maximalgröße der Objektausdrucke auf circa 9,5 cm<sup>3</sup> festgelegt, größere Originalobjekte wurden entsprechend heruntergerechnet oder in Teilen gedruckt und zusammengefügt. Der Ausdruck erfolgte mit dem Material *PLA Filament*, ein synthetisches Polymer, das aus Maisstärke gewonnen wird. Die fertigen Rohdrucke bearbeiteten die Kunstschaffenden kreativ nach ihren eigenen Vorstellungen.

## Umsetzung

»lost/found/art. Von der historischen Spur zum Erinnerungskunstwerk« war ein Querschnittsprojekt der Gedenkstätte Sachsenhausen, das Mitarbeitende verschiedener Abteilungen (Pädagogik, wissenschaftliche Dienste, Objektsammlung sowie Technik) und junge Freiwillige der Gedenkstätte im Aktion-Sühnezeichen-Friedensdienst (ASF) zusammen mit dem Künstler Hans Molzberger durchgeführten. Es bestand aus vier kunstpädagogischen Workshops und einer Sonderausstellung. Am ersten Workshop (3.–7. 6. 2020) nahmen 15 Oberstufen-Schülern des Dortmunder Goethe-Gymnasiums mit Leistungskurs Geschichte teil. Zwei weitere Workshops (23.–26. 7. und 30. 7. – 2. 8. 2020) richteten sich an die jeweils 14 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zweier internationaler ASF-Summer-Camps. Bei diesen Begegnungsprojekten engagieren und bilden sich jedes Jahr junge Menschen verschiedener Herkunft einige Wochen lang gemeinsam in der Gedenkstätte. Außerdem wurde ein offener Workshop für junge Erwachsene (12.–14. 7. 2020) in Zusammenarbeit mit der Oranienburger Volkshochschule angeboten, zu dem – trotz höherer Anmeldungszahl – am Ende leider nur drei, wenngleich sehr engagierte, junge Frauen aus Oranienburg kamen.

Mit Ausnahme des offenen Workshops, der von Freitagmittag bis Sonntagnachmittag dauerte, erstreckten sich die Workshops über vier ganze Tage. Der erste Tag war jeweils der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ Sachsenhausen vorbehalten: Zunächst fand – geführt durch Mitarbeiterinnen der pädagogischen Abteilung – ein Rundgang durch die Gedenkstätte und ihre Ausstellungen statt. Dabei wurden auch einige Methoden historischer Spurensuche vorgestellt. Beim anschließenden Besuch im Objektdepot konnten die Teilnehmenden – betreut von der Sammlungsleiterin – hinter die Kulissen museologischer Arbeit in einer KZ-Gedenkstätte schauen und sich im Umgang mit Objekten üben.

Am Morgen des zweiten Tags wurden sie von Molzberger in die Methoden und Ziele des Projekts eingeführt. Gemeinsam mit ihm brachten sie dann zu einem ausgedehnten »Fotospaziergang« über das Gelände auf, um mit ihren Handy-Kameras Eindrücke, Gegenstände, Strukturen und Orte zu »sammeln«, in denen sich für sie KZ-Geschichte materialisiert. Bei der folgenden Reflexionsrunde hatten manche Teilnehmenden »ihre« Objekte bereits gefunden. Andere entschieden erst am nächsten Tag, welchen Gegenstand sie künstlerisch »verarbeiten« wollten.

Alleine oder in Kleingruppen fertigten die Teilnehmenden am dritten Tag 3D-Scans der gewählten Objekte an und bearbeiteten die Daten digital. Da im Projekt nur zwei tragbare 3D-Scanner und ein Standgerät mit Drehteller sowie fünf Computerarbeitsplätze zur Verfügung standen, mussten sich die Teilnehmenden an den Geräten abwechseln, Wartezeiten wurden für ergänzende Objektforschung und Inspirationsgänge aufs historische Gelände oder einfach »zum Chillen« genutzt.

Auf vier 3D-Druckern wurden die fertigen Dateien während der Folgenacht ausgedruckt. Da für den Druck jedes Objekts um die sechs Stunden nötig waren, liefen die Drucker die ganze Nacht, um alle Objekte bis zum vierten Workshop-Tag bereit zu haben. An diesem bearbeiteten die Kunstschaffenden die fertigen Rohdrucke nach ihren eigenen Vorstellungen. Die grau aus dem 3D-Drucker gekommenen Objekte und Figuren wiesen zum Teil unerwartete Verfremdungen auf, ermöglichten aber zugleich kreative Ausdrucksformen. Gemeinsam an einem langen Tisch sitzend, gestalteten die Teilnehmenden ihre Stücke – mit Farbe, aber auch mit Papier oder Metall. Anschlie-



End zeichneten sie mit ihren Mobiltelefonen Videoclips auf, in denen sie ihre Kunstwerke erklärten. In einer abschließenden Gesprächsrunde werteten sie den Workshop gemeinsam aus.

46 junge Künstler schufen beim Projekt insgesamt 36 »Erinnerungskunstwerke«. Diese wurden – zusammen mit einigen Arbeiten von Molzberger – in einer professionell gestalteten Sonderausstellung gezeigt. Die auf weißen Sockeln präsentierten und perfekt ausgeleuchteten Kunstwerke wurden von einer Galerie großformatiger fotografischer Studien eingerahmt, auf denen der künstlerische Schaffensprozess von einem jungen Fotografen festgehalten worden war. Weitere Ausstellungselemente waren einige Informationstafeln zum Projekt und vier Monitorstationen, auf denen die erläuternden Videoclips der jungen Kunstschaffenden liefen. Die Ausstellung »lost/found/art. Von der historischen Spur zum Erinnerungskunstwerk« war vom 11. August 2019 bis zum 31. März 2020 im Neuen Museum der Gedenkstätte Sachsenhausen zu sehen. Mehrere Workshop-Teilnehmende waren bei der Vernissage vor Ort, um ihre Werke vorzustellen.

Während der gesamten Projektlaufzeit wurde auf Instagram und Facebook über das Projekt berichtet. Zur Ankündigung der Vernissage lud die Gedenkstätte außerdem zu einem Pressegespräch ein, bei dem Molzberger und die Teilnehmer des letzten Workshops über das Projekt berichteten. Mehrere Journalisten nahmen die Gelegenheit wahr, die jungen Künstler bei der Arbeit zu beobachten. In Januar 2020 präsentierten wir das Projekt beim 17. Jugendforum »denk!mal« des Landes Berlin im Abgeordnetenhaus.

### **Erfahrungen**

Insgesamt erwies sich der Zugang des Kunstprojekts »lost/found/art«, kognitive Inhalte zur KZ-Geschichte gestalterisch zu vermitteln, als vielversprechendes Konzept für die künftige Bildungsarbeit der Gedenkstätte. Natürlich fühlten sich die teilnehmenden Jugendlichen nicht nur von Gegenständen mit direktem Opferbezug angezogen, also von Objekten, die Häftlinge heimlich hergestellt oder benutzt haben, um sich das Über-

Panorama  
der Ausstellung  
»lost/found/art«, 2019  
Foto: Wolfgang  
Chodan, Berlin

Skulptur: »Abgekühlter Ofen« von Evgenia Greben und Tatjana Retter, 19  
Foto: Arvid Peschel, Berlin



leben zu erleichtern, in denen Häftlinge sozusagen als handelnde Subjekte erkennbar sind. Auch Folterwerkzeuge, Waffen und SS-Uniformen übten eine gewisse Faszination auf die Jugendlichen aus und wurden daher von einigen zum Scannen ausgewählt. Die pädagogischen Betreuerinnen hatten zuvor beschlossen, auch solche Objektentscheidungen zuzulassen, provozierten doch gerade solche Fälle intensive und kontroverse Gruppen-Diskussionen darüber, dass künstlerische Ausdrucksformen – ebenso wie Identitäten, Kulturen und Traditionen – divers sind.

Ohnehin erwies sich die Befürchtung, die Jugendlichen könnten es bei der Gestaltung ihrer Werke an Pietät fehlen lassen, als völlig unbegründet. Alle Arbeiten – auch die von »problematischen« Objekten ausgehenden – beschäftigten sich höchst einfühlsam mit dem Schicksal von Häftlingen und riefen zu Humanität und Toleranz auf, wie die spätere Sonderausstellung eindrucksvoll belegte.

Beim Kunstprojekt »lost/found/art« wurde digital unterstützte kulturelle Bildung zum Wissenstransfer eingesetzt. Die Workshops machten den Jugendlichen – so ihr Feedback in den abschließenden Reflexionsrunden – nicht nur deutlich mehr Spaß als etwa Textarbeit, sie boten auch leichteren Zugang zu den betreffenden Inhalten und waren folglich deutlich inklusiver. Sie setzten am individuellen Potenzial der Teilnehmenden an – und nicht an formeller Vorbildung – und eröffneten dadurch Räume für gemeinsames Arbeiten auch über sprachliche Grenzen hinweg. Davon profitierten vor allem unsere internationalen Summer-Camps, die Menschen unterschiedlicher geografischer und kultureller Herkunft zusammenbringen. Insgesamt waren die Workshops ein großer Erfolg: Nach der Erfahrung unserer Pädagoginnen haben sich nur selten Gruppen so intensiv mit der Geschichte des KZ Sachsenhausen befasst wie diese. Dadurch führten die Workshops bei den Jugendlichen zu einem besseren und breiteren Verständnis der KZ Geschichte.

Das Projekt wurde in der Zwischenzeit für »KULTURLICHTER – Deutscher Preis für kulturelle Bildung« nominiert.

**Dr. Astrid Ley** ist Stellvertretende Leiterin der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen und hat das Projekt konzipiert und geleitet.

# Kooperationsmöglichkeiten zwischen Gedenkstätte und Archiv

EINE HANDREICHUNG DER BKK

*Ulrich Nieß und Susanne Schlösser*

## Zur Einführung

Auf ihrer letzten, infolge der Corona-Pandemie rein virtuellen Gesamtkonferenz am 5. Oktober 2020 verabschiedete die Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) einstimmig eine »Handreichung zur Zusammenarbeit zwischen Kommunalarchiven und Gedenkstätten«.<sup>1</sup>

Sie ist nachfolgend auch hier veröffentlicht, versteht sie sich doch als Angebot an die Gedenkstätten für eine breite Zusammenarbeit.<sup>2</sup> In ihr betonen die Kommunalarchive einmal mehr ihre Rolle als Vermittler demokratischer Werte und dass geschichtliches Wissen hilft, um Entwicklungen einordnen und analysieren zu können. Hierin treffen sie sich in ihrem Selbstverständnis ganz mit jenem der Gedenkstätten und Erinnerungsorte.

Doch was ist überhaupt die Bundeskonferenz der Kommunalarchive, abgekürzt BKK? Gegründet vor dreißig Jahren, als die deutsche Teilung überwunden wurde, sieht die BKK ihre Hauptaufgabe darin, als Interessenvertretung der Kommunalarchive über den Deutschen Städtetag zu agieren. Neben dem internen Erfahrungsaustausch will sie vor allem die Spitzenverbände, insbesondere den Deutschen Städtetag, beraten, u.a. durch Vorbereitung von Empfehlungen und Positionspapieren.<sup>3</sup> Diese Empfehlungen, Handreichungen oder Positionspapiere werden in den fünf Unterausschüssen der BKK – Aus- und Fortbildung, Bestandserhaltung, Informationstechnologie, Überlieferungsbildung und Historische Bildungsarbeit – vorbereitend erarbeitet und dann abschließend von der 25 Mitglieder umfassenden Gesamtkonferenz verabschiedet. Eine ihrer zentralen Positionen wurde in dem 2002 verabschiedeten Papier »Das Kommunalarchiv« niedergelegt.<sup>4</sup> Es begründet die Notwendigkeit der Unterhaltung von Archiven als öffentliche Aufgabe, geht auf einzelne Aufgabenfelder und Leistungsbereiche der Archive ein und präzisiert die Herausforderungen für die Zukunft. So heißt es dort unter anderem: »Kommunalarchive (...) fördern und stärken Demokratie und Demokratieverständnis durch historische Stadtgeschichtsarbeit (Publikationen, Vorträge, Ausstellungen, Aufarbeitung von geschichtlichen Ereignissen der näheren Vergangenheit wie z.B. den Folgen der NS-Zeit und der DDR-Vergangenheit).« Aufbauend auf diesem Grundsatzpapier sind inzwischen eine ganze Reihe von weiteren Positionspapieren verabschiedet worden, die Präzisierungen und Anwendungen für bestimmte Bereiche geben, u.a. auch für die Historische Bildungsarbeit. Federführend betreut wird der dafür zuständige Unterausschuss seit einigen Jahren von den beiden Autoren, denen es wichtig war, die in Mannheim seit über drei Jahrzehnten erfolgreich praktizierte Zusammenarbeit zwischen der 1990 eröffneten KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen<sup>5</sup> und dem Stadtarchiv Mannheim, dem heutigen MARCHIVUM (= Mannheims Archiv, Haus der Stadtgeschichte und Erinnerung), als ein mögliches Modell für andere Kommune vorzustellen. Denn seit jeher archiviert in Mannheim das MARCHIVUM für

die Gedenkstätte ihre gesamten Unterlagen und unterstützt durch die Finanzierung einer Stelle deren Arbeit, ist aber gleichwohl nur einer von drei Partnern neben dem Stadtjugendring Mannheim e.V. und dem Verein »KZ-Gedenkstätte Sandhofen e.V.« .Von Anfang an begegneten sich die drei Organisationen auf Augenhöhe.

Die in Mannheim praktizierte Arbeitsteilung wird als eine Option im BKK-Papier verallgemeinert. Das breite Feld an Möglichkeiten für Kooperationen sowohl auf dem Feld der Archivierung wie bei der Bildungsarbeit wird aufgezeigt. Schließlich sind beide Einrichtungen, Gedenkstätten wie Archive, nicht nur Hüter authentischer Überlieferung, sondern sie haben eine gemeinsame Verantwortung mit vielgestaltigen Bildungsangeboten positiv wie identitätsstiftend im Bereich Erinnerungskultur zu wirken. Gerade in einer Zeit, in der rechtspopulistische Strömungen, die bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen, den gesellschaftlichen Konsens aufzubrechen drohen, sind gemeinsame Anstrengungen ein Gebot der Stunde.

Die Geburtsstunde der KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen: Am Zaun der Gustav-Wiederkehr-Schule, in der das KZ 1944/45 untergebracht war, wurde am 18. November 1979 eine provisorische Gedenktafel aufgehängt. Die Bilder dieser Aktion waren in den Beständen der Gedenkstätte nicht überliefert, kamen aber 2010 über einen Fotografennachlass ins MARCHIVUM.



## **Handreichung zur Zusammenarbeit zwischen Kommunalarchiven und Gedenkstätten**

*Zusammengestellt im Auftrag der BKK von Antje Diener-Staeckling (Münster), Joachim Kemper (Aschaffenburg), Ulrich Nieß (Mannheim), Wolfgang Sannwald (Tübingen), Annekatrin Schaller (Neuss) und Susanne Schlösser (Mannheim) unter Mitarbeit von Gerold Bönnen (Worms) und Sybille Thelen (Landeszentrale für politische Bildung Stuttgart, Gedenkstättenreferat)*

*Beschluss der Bundeskonferenz Kommunalarchiv auf ihrer Herbst-Sitzung (Video-Konferenz vom 5.10.2020)*

### **Einführung**

Das Papier beschäftigt sich mit der Frage von Kooperationen zwischen Archiven und Gedenkstätten.<sup>6</sup> Darunter werden hier gefasst Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die der NS-Zeit, der Flucht und Vertreibung nach 1945, der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR oder der Demokratiebewegung seit dem 19. Jahrhundert gewidmet sind. Ausgangspunkt für die Handreichung war die Beobachtung, dass viele der in den letzten Jahrzehnten entstandenen Gedenkstätten auf das Engagement von Bürgerinitiativen zurückzuführen und teilweise ohne oder mit nur geringer Beteiligung der örtlichen Archive entstanden sind.

Aus dieser Ausgangssituation sind eigene Sammlungen der Gedenkstätten erwachsen, die möglicherweise umfangreicheres Material zu dem von der jeweiligen Gedenkstätte betrachteten Zeitraum aufweisen als die örtlichen Archive selbst. Nachdem Gründung und Aufbau der Gedenkstätten inzwischen vielerorts erfolgreich abgeschlossen sind, stellt sich immer mehr die Frage der dauerhaften Archivierung dessen, was in Gedenkstätten – zunächst insbesondere auch für Dokumentations- und Forschungszwecke bzw. die inhaltliche Gestaltung der Präsentationen und die Erarbeitung des pädagogischen Angebots – gesammelt wurde. Daher rührt der Gedanke, ob es nicht sinnvoll sein könnte, dass das örtliche Archiv und die Gedenkstätten dafür Kooperationen eingehen. Neben dieser Kernaufgabe von Archiven, bei denen die Gedenkstätten von dem bereits vorhandenen Know-how profitieren könnten, betätigen sich beide Institutionen vor Ort oft auch auf dem Feld der Erinnerungskultur (z.B. Stolpersteine, Gedenktage), manchmal in Kooperation, manchmal auch jeder für sich. Deshalb soll hier auch betrachtet werden, welche Zusammenarbeit in diesem Bereich sinnvoll sein und welche Synergien dadurch erreicht werden könnten. Dabei ist wichtig zu betonen, dass sich Archive und Gedenkstätten, die zum großen Teil ehrenamtlich getragen sind, auf Augenhöhe begegnen sollten. Wenn jede Institution ihre Stärke in die Kooperation einbringt, können beide Seiten nur gewinnen. Dazu ist natürlich eine Vertrauensbasis zwischen den Kooperationspartnern notwendig, die vielleicht erst wachsen muss für den Fall, dass bisher eher ein Konkurrenzverhältnis bestanden haben sollte. Kooperation bedarf eines gemeinsamen Willens und wächst mit gemeinsamen Projekten. Und sie tut gut daran, perspektivisch schriftliche Regeln zu fixieren.

### **1 Umfrage bei den Kommunal- und Kreisarchiven**

Zur Überprüfung der in der Einleitung genannten Beobachtungen wurde zunächst eine Umfrage bei den Kommunal- und Kreisarchiven durchgeführt, um den Ist-Zustand zu ermitteln. Eine Onlinebefragung wurde über den Verteiler des VdA und durch

entsprechende Kontakte der BKK bekannt gemacht. In der Zeit vom 14. Mai bis zum 15. Juni 2019 wurde ein Fragebogen, der elf Fragen umfasste, freigeschaltet. Fehlanzeigen waren ausdrücklich gewünscht, um abschätzen zu können, wie oft Archive und Gedenkstätten vor Ort überhaupt vorhanden sind. 291 Archive haben sich an der Umfrage beteiligt. Wenn wir die offiziell in einschlägigen Publikationen erfasste Zahl von derzeit 1370 kommunalen Archiven (Kreis-, Gemeinde- und Stadtarchive) zum Maßstab anlegen, dann beläuft sich der Rücklauf auf 21,24% – ein durchaus beachtlicher Wert, der allgemeine Aussagen erlaubt. Festzuhalten ist auch, dass sich Archive aus allen Bundesländern beteiligt haben und dass die Streuung zwischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten ebenfalls gegeben war.

Weniger als die Hälfte, nämlich 127 Archive, haben eine oder mehrere Gedenkstätten in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Die weitaus meisten Gedenkstätten (106) erinnern dabei an die NS-Zeit. Flucht und Vertreibung nach 1945 werden in 15 Gedenkstätten thematisiert, der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR sind 19 und der Demokratiebewegung ab dem 19. Jahrhundert sechs Gedenkstätten gewidmet.

Als Träger der Gedenkstätten stehen Vereine/Initiativen/Stiftungen (63) fast gleichauf mit den Kommunen (67). Bund (7) und Länder (18) sind deutlich weniger vertreten. In 13 Fällen bilden Archiv und Gedenkstätte eine Verwaltungseinheit. Vereinzelt treten auch Kirchen oder Industriebetriebe als Träger der Gedenkstätten auf.

Bei der Frage nach der Bewertung der bisherigen Kooperation zwischen Archiv und Gedenkstätte liegen die Extreme zwischen Stufe 1 »findet nicht statt« (30) und Stufe 10 »sehr gut« (29) fast gleichauf. Die 8 weiteren Bewertungsmöglichkeiten verteilen sich relativ gleichmäßig dazwischen. Lediglich Stufe 8 »ziemlich gut« fällt mit 20 Bewertungen etwas aus dem Rahmen.

Wenn Kooperationen zwischen Archiven und Gedenkstätten stattfinden, dann zumeist bei Gedenkveranstaltungen/Veranstaltungen (61) oder bei Ausstellungen und Publikationen (jeweils 53). Gemeinsame Forschungsprojekte (46) liegen noch im oberen Bereich. Die geringste Kooperation besteht auf dem Gebiet der IT, den Datenbanken (27). Bei Sonstiges wird relativ häufig die klassische Archivbenutzung durch die Gedenkstätte genannt.

Im Bereich der Überlieferungsbildung kooperieren 64 Archive mit Gedenkstätten, das ist etwa die Hälfte. Vorwiegend sind dies Archive und Gedenkstätten, die beide in kommunaler Trägerschaft sind. Die Zusammenarbeit reicht von der Übernahme der Gedenkstättenunterlagen durch das Archiv über Beratung der Gedenkstätte, wie sie die Archivierung selbst durchführen kann, bis hin zu Absprachen bezüglich der Überlieferungsbildung. Wenn keine Kooperation in diesem Bereich stattfindet, wurden als häufigste Gründe genannt »keine Zuständigkeit« (15) oder »Gedenkstätte hat ein eigenes Archiv« (13). Etwa gleichauf lagen die Antworten »Gedenkstätte hat kein Interesse daran« (8) und »darüber wurde noch nie diskutiert« (6).

Bei der Frage nach Perspektiven und Wünschen für die weitere Zusammenarbeit gab es ein breites Antwortspektrum. Neben dem Wunsch nach weiterhin guter Zusammenarbeit bei denen, die bereits eine funktionierende Kooperation haben (13), sprechen sich viele Archive (41) dafür aus, in Zukunft eine intensivere Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen zu etablieren. Nur fünfmal wurde geantwortet, dass es Akzeptanzprobleme zwischen Archiv und Gedenkstätte gibt, die sich darin ausdrücken, dass beide bei der Übernahme von Unterlagen konkurrieren und deshalb an eine Kooperation derzeit nicht zu denken sei.

# Online Recherche des MARCHIVUM

Suche

Letztes Suchresultat

## 28/1998\_00138 Außenkommando Mannheim - Sandhofen des SS - Sonderlager Hinzert. Beobachtungen von Schwester Friedenswithe 1944/45 (Akte)

### Archivplan-Kontext

#### MARCHIVUM

D - Dokumentationen (1381-2009)

D 19 Gedenkstätte Sandhofen (1913-1991)

93\_K2-System\_K2\_Hatzweiler und seine Außenlager

28/1998\_00137 Außenkommando Mannheim - Sandhofen des SS - Sonderlager Hinzert

28/1998\_00138 Außenkommando Mannheim - Sandhofen des SS - Sonderlager Hinzert. Beobachtungen von Schwester Friedenswithe 1944/45

28/1998\_00139 Außenkommando Mannheim - Sandhofen des SS - Sonderlager Hinzert

Signatur:	28/1998_00138
Signatur Archivplan:	28/1998_00138
Titel:	Außenkommando Mannheim - Sandhofen des SS - Sonderlager Hinzert. Beobachtungen von Schwester Friedenswithe 1944/45
Bemerkungen:	Interview S1 von Dr. Peter Koppenhöfer vom 29.09.1982, Privatbesitz Dr. Peter Koppenhöfer
Umfang:	1 Bl.
Kassation:	Nein

### Behältnisse

Anzahl:	1
---------	---

### Benutzung

Erforderliche Bewilligung:	Keine
Physische Benutzbarkeit:	Uneingeschränkt
Zugänglichkeit:	Öffentlich

### URL für diese Verz.-Einheit

URL:	<a href="https://scoce.mannheim.de/detail.aspx?ID=88686">https://scoce.mannheim.de/detail.aspx?ID=88686</a>
------	---

### Social Media

Weiterempfehlen	
-----------------	--

Screenshot zu den Beständen der Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen in der Archivdatenbank des MARCHIVUM

Fazit der Umfrage ist daher, dass eine Handreichung, die die Kooperationsmöglichkeiten anhand von konkreten Beispielen darlegt, dazu beitragen kann, dass die vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit vielleicht noch öfter als bisher in entsprechende Projekte münden wird.

## 2 Empfehlungen zur Kooperation im Bereich Überlieferungsbildung

### 2.1 In Gedenkstätten entstehen archivwürdige Unterlagen

Erinnerungskulturelle Akteure, beispielsweise Gedenkstätten oder Gedenkinitiativen, bearbeiten in der Regel erinnerungskulturelle Themen und erzeugen dabei archivwürdige Unterlagen. Formal entstehen einerseits Briefwechsel in Form von Papierbriefen oder E-Mails. Die Korrespondenz wird mit Überlebenden, Kommunen, Behörden, andere Engagierten in der Erinnerungskultur oder Privatpersonen geführt. Diese Unterlagen haben unmittelbaren Wert als Zeugnisse des jeweiligen erinnerungskulturellen Diskurses. Niederschriften von Interviews und Gesprächen mit Überlebenden und erinnerungskulturell Engagierten haben zudem eine historische Dimension, dokumentieren Vergangenes aus subjektiver Perspektive.

Neben schriftlichen Unterlagen finden sich oft audiovisuelle Medien, vor allem Ton- oder Video- sowie Filmmitschnitte, vorzugsweise von Zeitzeugengesprächen und Interviews. Die Sammeltätigkeit von erinnerungskulturell aktiven Menschen hat dazu geführt, dass sich in deren Unterlagen Originaldokumente oder Sachzeugnisse aus den Zeiträumen finden, denen ihr Interesse galt. Diese können beispielsweise von Überlebenden stammen und aus persönlichen Dokumenten und Selbstzeugnissen – wie Tagebüchern und Briefen – oder Fotografien beziehungsweise Fotoalben bestehen.

Nicht selten finden sich in den Gedenkstätten ganze oder Teilnachlässe, auch von Nachkommen aus Opferfamilien, die als »Zeitzeugen der Zeitzeugen« agieren. Mitunter finden sich auch Objekte, die musealen Charakter haben.

Schließlich sind die erarbeiteten Sammlungen nicht selten von wissenschaftlichem Wert. Dieser besteht selbst dann, wenn Laienhistorikerinnen und -historiker zu einem Thema Kopien oder Auszüge von Quellen in Archiven angefertigt, zusammengestellt oder ausgewertet haben. Der Ertrag der Zusammenstellung ist dann in der Regel größer als der zu vernachlässigende Wert einer wiederbeschaffbaren Archivalienkopie.

Inhaltlich sollte bei der Bewertung solcher Unterlagen neben der intendierten historischen Perspektive stets auch die erinnerungskulturelle Dimension bei Bewertungsentscheidungen berücksichtigt werden: Wie hat sich eine regionale Gesellschaft zur jeweiligen Zeit gegenüber den zeitkritisch Engagiertem und ihren Anliegen verhalten? Das ist von erheblichem Erkenntnisinteresse, insbesondere für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese hat sich beispielsweise in ihrem Grundgesetz explizit in Auseinandersetzung mit den Gewaltverbrechen der NS-Zeit zwischen 1933 und 1945 definiert. Auch mit der Erinnerung an das Unrecht in der SBZ/DDR beschäftigte sich der Bundestag im Rahmen einer Enquete-Kommission in den 1990er-Jahren. Welche erinnerungskulturelle Praxis und welche erinnerungskulturellen Diskurse sind demgegenüber vor Ort oder in einer Region entstanden?

Die Unterlagen, die erinnerungskulturelle Akteurinnen und Akteure produziert haben, sind also oft von erheblichem öffentlichen Interesse. Umgekehrt bringen sie eine Reihe von Anforderungen mit sich, um sie jenseits ihres einstigen Entstehungszwecks zu erhalten und allgemein, unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben, zugänglich zu machen. Eine Dimension ist die der Langzeitarchivierung, d.h. des »ewigen« technischen und inhaltlichen Erhalts. Das betrifft in besonderem Maße etwa Fotografien und persönliche Papiere von Überlebenden der NS-Verfolgung. Es betrifft aber nicht zuletzt auch technische Medien wie Tonbänder, Videokassetten oder Dokumente der elektronischen Kommunikation und Speicherung. Der Erhalt von Unterlagen ist das Spezialthema der öffentlichen Archive, die bereits jetzt archivfachlich entwickelte und gepflegte Systeme für die Speicherung und Sicherung elektronischer Unterlagen betreiben.

## **2.2 Rechtliche Aspekte**

Wenn sich erinnerungskulturelle Sammlungen langfristig nur in der Verfügungsgewalt von Privatpersonen oder Vereinen befinden, bergen sie mitunter auch rechtliche Risiken. Das Hauptrisiko besteht in der Endlichkeit menschlichen Lebens und der Zufälligkeit von Erbauseinandersetzungen oder der Kontinuität in Vereinen. Was geschieht mit Sammlungen nach dem Tod der Personen, die die Sammlung angelegt haben? Oft genug handelt es sich um ein äußerst verdienstvolles Lebenswerk. Wer garantiert dafür, dass dieses erhalten bleibt? Institutionen der öffentlichen Hand wie öffentliche Archive sorgen für die Tradierung des Erarbeiteten über die Beschränkungen menschlicher Lebensläufe hinaus. Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Unterlagen erfordert auch die Anwendung zumindest einfacher Regeln für die Katalogisierung und Verzeichnung. Das Erschließen gehört zur archivischen Kernkompetenz und nur wenige, größere Gedenkstätten können sich bislang die (befristete) Einstellung von Archivfachkräften leisten.

Schließlich gibt es eine weitere rechtliche Dimension, deren Auswirkungen immer komplexer werden. Bei der Ablage und Nutzung der erinnerungskulturellen Unterlagen durch Dritte sind stets Aspekte des Urheber- und Nutzungsrechts, des Datenschutzes und von Persönlichkeitsrechten mit zu bedenken. Gerade bei Dokumentationen, die Zeugnisse von Opfern der Verfolgung, Deportation und von Gewaltverbrechen enthalten, muss auf die Sicherung der Persönlichkeitsrechte ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Wer sammelt, der baut oft auch Datenbanken auf, scannt dafür beispielsweise Fotografien ein oder stellt sie in Karteien und anderen datenerschließenden Systemen zusammen. Urheber-, Nutzungs- wie Persönlichkeitsrechte werden etwa beim Scannen von Fotografien berührt, aber auch Datenschutz und Persönlichkeitsrechte tangiert, wenn Datenbanken und Karteisammlungen aufgebaut und öffentlich zugänglich gemacht werden. Diese Aspekte müssen im Rahmen des rechtlich Zulässigen erfolgen. Dazu können Archive stets beratend Gedenkstätten unterstützen. Zudem genießen Archive sowohl infolge der Datenschutzgrundverordnung wie auch nach dem Landesdatenschutzgesetz zahlreiche Vorzugsrechte, z.B. bei der Übernahme ansonsten zu löschender Meldedaten, die aktuell keine andere Institution hat. Und die Archive bedienen sich langjährig erprobter rechtlicher Regelungen, um mit Anforderungen nach dem Schutz und der Vertraulichkeit von Unterlagen umzugehen. Insbesondere können privatrechtlich oder archivrechtlich Sperrfristen und Nutzungsklauseln zu Deposita (im öffentlichen Archiv hinterlegte Unterlagen unter Wahrung des Eigentumsrechts beim Nachlassgeber) und übernommenen Unterlagen in den dazu üblichen Verträgen vereinbart oder festgesetzt werden.

### **2.3 Gemeinsame Datenbanken, Cloud, Verträge**

Das Beziehungsfeld von Archiven und Gedenkstätten ist in nicht wenigen Fällen durch die Anlage von Sammlungen auf Seiten der Gedenkstätten geprägt. Hier sind oftmals umfangreiche Dokumentationen und Forschungsergebnisse zu erwarten. Datenbanken wurden dabei in vielen Fällen angelegt, die wiederum mehr oder weniger systematisch auch auf Archivquellen bzw. -recherchen basieren. Neben technischen Fragen, die für den Erhalt und die zukünftige »Lesbarkeit« der gespeicherten und miteinander verknüpften Informationen bzw. Images essenziell sind (inkl. Frage von Schnittstellen), stehen aus Archivsicht fachliche bzw. wissenschaftliche Fragen im Vordergrund, beispielsweise die korrekte Nutzung und Zitation der herangezogenen Bestände sowie die Gewähr der Weiternutzung etwaiger Archivalien-Images. Auch Fragen des Datenschutzes, von Urheberrechten und von Persönlichkeitsrechten, namentlich bei onlinefähigen Datenbanken, sind, wie schon erwähnt, zu beachten. Bei Kontakten bezüglich der Überlieferungsbildung sollte in jedem Fall die Existenz älterer oder neuerer Datenbanken geprüft werden. Sofern es für das beteiligte Archiv möglich erscheint, sollten auch Kooperationen bedacht werden hinsichtlich der Datenbanken, evtl. können diese auch Teil von Verträgen zwischen den Archivträgern und den Trägereinrichtungen der Gedenkstätten (Vereinen etc.) werden. Die oftmals von engagierten Bürgerinnen und Bürger erarbeiteten Datenbanken basieren auf dem Engagement von Ehrenamtlichen. Diese sollten unbedingt in sämtliche Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden bzw. in die weitere Kooperation integriert werden: hier ist ein Ansatz für Archive vorhanden, die in der Theorie viel beschworene Zusammenarbeit im Feld der Freiwilligenarbeit, des Citizen Science oder auch des Crowdsourcing mit Leben zu füllen.

Als Beispiel eines umfangreichen und langjährigen Kooperationsprojekts sei an dieser Stelle die »Biographische Datenbank Jüdisches Unterfranken« genannt<sup>7</sup>, die seit einigen Jahren von einem gleichnamigen Verein getragen wird. An der Datenbank bzw. im Verein arbeiten derzeit über 20 Ehrenamtliche mit, die u.a. mit der Aufarbeitung und Auswertung von Archivalien und Literatur, aber auch mit Digitalisierungsaufgaben betraut sind; das Projekt kooperiert mit einem regionalen Forschungsinstitut in Würzburg, aber auch mit dem Stadt- und Stiftsarchiv Aschaffenburg, wo sich ein Arbeitskreis des Vereins wöchentlich trifft und seitens des Archivs beraten wird. Die Personendatenbank umfasst aktuell über 45 000 Datensätze. Sie ist unverzichtbares Hilfsmittel für jedwede Erforschung der jüdischen Geschichte Unterfrankens im 19./20. Jahrhundert und vielfältig mit Stolpersteininitiativen verbunden. Dennoch bleibt auch hier, trotz der intensiven Zusammenarbeit, vieles an Fragen zu klären: etwa die der mittelfristigen Betreuung, des technischen Supports, der Langzeitsicherung und letztlich auch die Frage von »Zuständigkeiten«. Auch aus diesem Grund sind Verträge sicherlich ein probates Mittel, um Kooperationen auf feste Füße zu stellen.

Der Umgang mit Datenbanken bzw. grundsätzlich Sammlungen und Dokumentationszentren sollte, wo immer möglich, durch Verträge und Vereinbarungen abgesichert werden. Deposit- oder Schenkungsverträge sind dafür sehr hilfreich. Zudem verfügen inzwischen immer mehr Kommunalarchive über ein sogenanntes »Digitales Magazin«, d.h. sie sind technisch in der Lage, die Langzeitarchivierung von Datenbanken sicherzustellen und damit auch den Erinnerungsstätten eine technische Plattform zu ermöglichen.<sup>8</sup>

## 2.4 Fördermöglichkeiten für Projekte

Wie das Beispiel Datenbanken erhellt, muss davon ausgegangen werden, dass ein überlokales bzw. überregionales Interesse am jeweiligen Archiv-, Sammlungs- bzw. Dokumentationsgut der Gedenkstätten bzw. Kommunalarchive besteht, vor allem wenn dieses der Erinnerungsarbeit im weitesten Sinne des Wortes dient. Dabei interessieren zumeist biografische Daten und visuelle Zeugnisse und die Nachfrage kommt oft aus vielen Teilen der Welt. Auch aus diesem Grunde ist zu überlegen, ob bei der Erschließung, Präsentation und Vermittlungsarbeit nicht auch gemeinsame Anträge beider Kooperationspartner für Projektförderungen sinnvoll sind. Selbst wenn ein Antrag scheitert, so hilft er doch meist beiden Seiten, einen Einblick in die Besonderheiten in den Beständen des jeweiligen Partners zu erhalten.

Die Projektfördermöglichkeiten sind vielfältig. So unterstützt beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) seit vielen Jahren die Digitalisierung ganzer Archivbestände. Dadurch können wertvolle Bestände aus den jeweiligen Gedenkstätten bzw. Kommunalarchiven leicht weltweit online nutzbar gemacht werden. Doch neben solchen großen Organisationen existieren eine ganze Reihe von externen Förderern, ob als öffentlich-rechtliche Institutionen oder als Stiftungen usw., die für einzelne Projekte offen sind und mindestens eine Teilfinanzierung ermöglichen. Dies gilt nicht nur für den Erhalt und die Zugänglichmachung von Beständen, sondern gleichermaßen für solche im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Chancen erhöhen sich deutlich, wenn gemeinsame Anträge gestellt werden.

Im Gedenkstättenbereich unterhalten sowohl der Bund wie die Länder eine Reihe von Fördermöglichkeiten für spezifische Projektanträge, die sich zwar in der Regel

stärker auf den Bildungsbereich fokussieren, aber durchaus auch Präsentation und Zugänglichkeit der Sammlungen beinhalten können. In Baden-Württemberg unterstützt beispielsweise die Landeszentrale für Politische Bildung Projekte, die der wissenschaftlichen Forschung und Dokumentation, einschließlich der Konservierung und Bewahrung der Sammlungsbestände und der Archivierung dienen.<sup>9</sup>

### 3 Empfehlungen zur Kooperation im Bereich Erinnerungsarbeit

#### 3.1 Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum

Zahlreiche Berührungspunkte zwischen Archiven und Gedenkstätten bestehen auf dem Feld der Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum. Kommunalarchive sind wichtige Ansprechpartner, wenn es um Forschungen z.B. zu Stolperstein-Biografien oder Mahnmalen geht. Archive sind ebenso an der Organisation von Gedenktagen u.ä. beteiligt. Die Mitwirkung an der Erforschung von Biografien verfolgter oder ermordeter Menschen zählt sicherlich zu den gedenkhistorisch grundlegenden Aufgaben der Archive; hier versteht es sich fast von selbst, dass in vielen Fällen Vertretungen von Gedenkstätten und Initiativen bzw. Vereinen auf die Archive zukommen, zumal gerade die Stolperstein-Initiativen Vorhaben aus der Mitte der Bürgerschaft sind. Auch die Mitwirkung von Schülerinnen und Schüler gehört vielerorts zur Selbstverständlichkeit – bis dahin, dass z.B. israelische und deutsche Schulen zusammenarbeiten und Stolpersteine gemeinsam verlegen.

Andererseits werden viele Archive auch seitens der Stadtverwaltungen in grundlegende Entscheidungen einbezogen bzw. sind mitunter federführend tätig, wenn es um Erinnerungsmale in den Städten geht. Die Kontakte zu lokalen Akteurinnen und Akteuren der Gedenkarbeit sind dabei vielfältig. Sichtbaren Ausdruck findet historische Erinnerung im kommunalen Raum unter anderem in Plätzen, Brücken bzw. Gebäuden sowie vor allem in der Benennung von Straßen. Im weiteren Sinn finden sich, teils in kaum überschaubarer Fülle, Denkmäler, Gedenk- und Informationstafeln; auch Gräber und Grabsteine auf Friedhöfen sowie sog. »Ehrengräber« können für erinnerungspolitische Diskussionen sorgen. Besonders hergebrachte personenbezogene Straßenbenennungen wurden und werden in vielen Städten kritisch hinterfragt; zumeist sind die Archive an der Entscheidungsfindung federführend beteiligt, sei es bei der Erstellung von Gutachten für einzelne umstrittene Straßen, sei es bei der umfassenden Untersuchung von Straßennamen (nach z.B. antisemitisch, kolonialistisch bzw. nationalsozialistisch konnotierten Namensträgern). Gerade die Kritik an Straßennamen und die Entscheidung für Umbenennungen führt zu Diskussionen in der Stadtgesellschaft. Die ergänzende Kommentierung von bestehenden Straßennamen, wie sie vielerorts als Alternative zur Umbenennung getätigt wird, sollte mit bedacht werden. Sofern Archive an den genannten Prozessen beteiligt sind, ist es sinnvoll, wenn Richtlinien oder Empfehlungen städtischerseits erarbeitet werden, die von Politik und Verwaltung mitgetragen werden und die gleichzeitig transparent für die Öffentlichkeit einsehbar sind.<sup>10</sup>



Ehemalige Häftlinge des KZ Mannheim-Sandhofen und ihre Angehörigen 2010 am Stolperstein für Zdzisław Szeliga auf dem Gelände von Mercedes-Benz in Mannheim. Szeliga wurde am 1. Februar 1945 von einem SS-Wachmann erschossen. Foto: MARCHIVUM

### 3.2 Zusammenarbeit bei pädagogischen Projekten

Sowohl Archive als auch Gedenkstätten sind Institutionen der historisch-politischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit. Auf diesem Feld besteht die hohe Kernkompetenz der Gedenkstätten. Archive verfügen über authentische Quellen, die multiperspektivisch und differenziert die Verfolgung und Unterdrückung während der NS-Zeit und in der DDR nachvollziehbar machen, Gedenkstätten wirken in besonderer Weise durch die Authentizität des Ortes. Ziel sollte es daher sein, dass beide Institutionen zusammenarbeiten, wo immer dies möglich und angeraten erscheint. Gedenkstätten werden dabei im Rahmen der historisch-politischen Bildung häufiger von Lerngruppen aufgesucht als Archive, sie sind als Bildungseinrichtungen in der Regel vermutlich bekannter als Archive, auch wenn vergleichende empirische Erhebungen nicht vorliegen.

Drei Felder der Zusammenarbeit bei pädagogischen Projekten seien hier kurz skizziert:

#### a) Authentische Quellen und Orte zusammenführen

Archive und Gedenkstätten können sich in der historisch-politischen Bildungsarbeit hervorragend ergänzen. Archive können authentische Quellen zur Verfügung stellen, Gedenkstätten das Lernen an authentischen Orten bieten. Als beispielhaft dafür kann das Angebot der Arolsen Archives gelten.<sup>11</sup> Es stellt Lerngruppen vor dem Besuch einer Gedenkstätte Quellen zu NS-Opfern aus dem Herkunftsort der Lerngruppe zur Verfügung, so dass über die lokalen Schicksale eine Verschränkung von Archivquellen und Gedenkstättenbesuch hergestellt wird und ein intensiverer pädagogischer Lernprozess bei den Teilnehmenden angestoßen werden kann. Ein solches Angebot, das auf diese Weise die regelmäßig stattfindenden Gedenkstättenfahrten der Schulen vor Ort vorbereitend begleitet, ist im Prinzip für jedes Kommunalarchiv denkbar.

#### b) Gedenktage gestalten

Gedenktage wie der 27. Januar, der 3. Oktober oder der 9. November sind häufig Anlass für Projekte von Schulen, bei denen sowohl Gedenkstätten als auch Archive in der Vorbereitung und Durchführung unterstützend tätig werden. Mitunter präsentieren dabei Schülergruppen ihre Ergebnisse bei einer öffentlichen Gedenkveranstaltung, die inhaltlich oftmals von der Gedenkstätte bzw. dem Kommunal-/Kreisarchiv unterstützt, wenn nicht gar federführend vorbereitet wird. Eine sich gegenseitig ergänzende Kooperation zwischen beiden Partnern, die den Jugendlichen auch Orientierung und ihnen den Zugang erleichtert, ist daher erstrebens- und wünschenswert.

#### c) Methodischer Austausch

Im Gegensatz zu Archiven, die auch zahlreiche andere Aufgaben zu erfüllen haben, stehen in den Gedenkstätten zumeist die historisch-politische Bildung und die pädagogischen Aufgaben im Vordergrund der Arbeit, sie sind kompetent und auf diesem Feld beständig unterwegs. Insofern verfügen sie meist über ein umfangreicheres didaktisch-methodisches Know-how in der Bildungsarbeit. Davon können wiederum die Archive profitieren. Andererseits bieten auch Archive als Kenner der Quellen und deren kritischer Auswertung den Zugang zu individuellem historisch-entdeckendem Lernen, das Erfahrung vermittelt: »Geschichte wird gemacht«. Ein regelmäßiger Austausch zwischen beiden Institutionen ist daher sehr empfehlenswert, ob auf lokaler, regionaler

oder bundesweiter Ebene. Für eine nachhaltige Vernetzung könnten z.B. regelmäßige Treffen, unter Einbeziehung von Interessierten wie Pädagoginnen und Pädagogen, eingerichtet werden.

### **3.3 Beispiel Jugendguides**

Seit 2012 qualifizieren KulturGUT e.V. – Gemeinnützige Gesellschaft zum Erhalt historischer Objekte und der Landkreis Tübingen Menschen zwischen 15 und 26 Jahren zu Jugendguides. Mittlerweile haben über 150 das Zertifikat erworben, das ihnen die Teilnahme an mindestens 40 Stunden Exkursion, Seminaren und Workshops zwischen Mai und November eines Jahres bescheinigt. Zentrales Modul ist eine dreitägige Exkursion von einem ehemaligen Außenlager des KZ Natzweiler-Struthof zur Gedenkstätte an diesem Stammlager im Elsass. Das Kreisarchiv und das Kreisjugendreferat unterstützen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Formulierung ihrer jeweils eigenen Haltung zum Thema. Sie vermitteln ihnen zudem das Know-how, sich erinnerungskulturelle Inhalte rasch anzueignen und diese vor Gruppen zu präsentieren sowie mit Gruppen umzugehen. Der Qualifizierung, deren jährliche Durchführung der Landkreis Tübingen finanziert, liegt die Vermittlung von drei Wahrnehmungsebenen zugrunde: 1. die erinnerungskulturellen Inhalte, 2. deren Präsentation und die Wirkabsicht der Autorenschaft, 3. die eigene Positionierung dazu.

Neben der Exkursion gibt es ein Wochenendseminar »Authentisch agieren als Jugendguide« und anschließend Workshops zu konkreten ortsbezogenen Inhalten, beispielsweise »Auf den Spuren der Stolpersteine«, »Eugenik und Euthanasiemorde«, »Die Universität mit Hakenkreuz«. Die Jugendguides-Qualifizierung von KulturGUT e.V. und Landkreis ist auch für Personen offen, die nicht im Kreisgebiet leben. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und die Landeszentrale für politische Bildung bieten Jugendguide-Ausbildungen in Gedenkstätten an.<sup>12</sup>

### **3.4 Schnittstellen zu Einrichtungen der Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg**

Zwischen 1946 und 2010 wurden rund 590 verschiedene Heimatstuben, Heimatmuseen, Heimatarchive, Patenschaftsarchive und Patenzimmer gegründet, von denen rund 400 noch als eigenständige Einrichtungen bestehen. Die meisten davon finden sich in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, in den westlichen Besatzungszonen die Hauptaufnahmelandern für Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg.<sup>13</sup>

Aus unterschiedlichen Gründen wird es immer schwieriger, diese Sammlungen eigenständig zu betreiben. Deshalb werden viele in die Obhut von Archiven und/oder Museen übernommen, falls nicht Heimatsammlungen seit Jahrzehnten bereits in Archiven verwahrt werden. In manchen Fällen mag sogar die »Rückgabe« der Sammlungen an die frühere Heimatregion eine Option sein. Die Gefahr von Verlusten bei der Auflösung derartiger Sammlungen ist aber nicht gering und wäre mehr als zu bedauern, da sie die amtliche Überlieferung ergänzen und auch für die Migrationsforschung ausgesprochen interessant sein können. Eine Lösung können zentrale Archive oder Museen sein, wie beispielsweise in Bayern das Sudetendeutsche Archiv, das dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv als Depositum übergeben wurde. Hierdurch können auch grenzübergreifende Projekte interessant sein.<sup>14</sup>

### **Schlussbetrachtung**

Die hier vorgestellten Empfehlungen plädieren für eine intensive Zusammenarbeit zwischen Archiv(en) und Gedenk-/Erinnerungsstätte(n) vor Ort. Sie wollen die Möglichkeiten aufzeigen, auf welchen Feldern Kooperationsformen denkbar sind. Dabei kann es hilfreich sein, eine Grundsatzvereinbarung zwischen den Einrichtungen zu treffen – viel wichtiger aber ist, dass sie auch gelebt und ausgebaut wird. Archive wie Gedenkstätten sind in hohem Maße auf dem Gebiet der Geschichts- und Erinnerungsarbeit tätig. Ihr gemeinsames Agieren stärkt sie beide. War die Nachkriegszeit noch stark von der Erinnerung und den Verlustserfahrungen der Heimatvertriebenen geprägt, so erlebte ab den 1980/90er-Jahren das Gedenken an die NS-Verbrechen in der deutschen Politik und Öffentlichkeit einen nachhaltigen Schub. Auch die Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit oder das Erinnern an Vorläufer bzw. Vorkämpfer der deutschen Demokratie haben in den letzten drei Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen.

Gerade aus den Erfahrungen des erlebten Totalitarismus und seiner Überwindung – dem Ende von nationalistischer wie kommunistischer Unterdrückung – hat Deutschland seine Identität aufbauen können. Im Ergebnis weist die Bundesrepublik heute eine meist institutionalisierte, professionalisierte wie vielgestaltige Erinnerungs-, Dokumentations- wie Gedenkstättenlandschaft mit unterschiedlichen Trägermodellen auf. Diese Gedenkstätten wiederum verdeutlichen durch ihre Bildungs- wie Forschungsprogramme den Wert archivischer Quellen, etwa an ganz konkreten wie anschaulichen Opfer- und Täterbiografien. Damit einher geht stets die Vermittlung demokratischer Werte und Prinzipien und das Lernen aus der Geschichte, um die Folgen von Radikalisierung zu erkennen oder etwa die daraus resultierende herausgehobene Stellung der Grund- und Menschenrechte im Grundgesetz zu betonen. Es sind zumeist die Schicksale und Lebenswege von Menschen vor Ort, die in ihrer Unmittelbarkeit wirkungsmächtig und nachhaltig auf das Geschichtsbewusstsein einer Gemeinschaft wie der Stadt wirken können.

Angesichts aktuell zu beobachtender Tendenzen, die deutsche Erinnerungskultur, vor allem die NS-Geschichte wie die SBZ/DDR-Vergangenheit, zu marginalisieren bzw. revisionistisch umzudeuten, bisweilen gar eine Rehabilitierung etwa der NS-Zeit oder von autoritär-populistischen bis diktatorischen Regimen zu betreiben, ist der gemeinsame Diskurs um die Folgen einer doppelten Diktaturerfahrung wie das Betonen demokratischer Werte und Menschenrechte eine zentrale Aufgabe. Beide Einrichtungen, Gedenkstätten wie Archive, agieren dabei nicht nur als Hüter authentischer Überlieferung, sondern sie haben eine gemeinsame Verantwortung in einer pluralistischen Gesellschaft, die mit vielgestaltigen Bildungsangeboten im Bereich Erinnerungskultur positiv wie identitätsstiftend wirken kann. Die kollektiv gespeicherte Erinnerung, wie sie Archive und Gedenkstätten vermitteln, ist einer der besten und wirksamsten Schutzschilder, um politische Wachsamkeit zu fördern und ein Abgleiten in extremistische bzw. nationalistische oder rechtspopulistische Strömungen zu verhindern. Auch aus dieser gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus wollen die hier vorgestellten Empfehlungen Anregungen zur Kooperation für ein gemeinsames Aufgabenfeld geben.

Der Historiker und Archivar **Prof. Dr. Ulrich Nieß** ist seit 2001 Leiter des Stadtarchivs Mannheim, das 2018 in MARCHIVUM – Mannheims Archiv, Haus der Stadtgeschichte und Erinnerung umbenannt wurde. Seit 2010 ist er Mitglied der BKK und Leiter des Unterausschusses Historische Bildungsarbeit.

Die Historikerin und Archivarin **Dr. Susanne Schlösser** leitete bis Ende 2020 im MARCHIVUM die Abteilung Historisches Archiv, der bis 2018 auch das Sachgebiet KZ-Gedenkstätte Sandhofen unterstellt war.

- 1 [www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Handreichung\\_Archiv\\_Gedenkstaetten\\_Endfassung\\_2020%2010%2012.pdf](http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/Handreichung_Archiv_Gedenkstaetten_Endfassung_2020%2010%2012.pdf)
- 2 Die Verfasser danken Dr. Thomas Lutz für seine spontane Bereitschaft, die Handreichung in diesem Gedenkstättenrundbrief zu veröffentlichen.
- 3 Zu Geschichte, Rolle und Selbstverständnis der BKK vgl. Ernst Otto Bräunche: Die Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK) – 30 Jahre Interessenvertretung der Kommunalarchive, in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 92 (2020), S. 2–11.
- 4 [www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/P\\_das\\_Kommunalarchiv\\_BV.pdf](http://www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de/empfehlungen/P_das_Kommunalarchiv_BV.pdf).
- 5 [www.kz-gedenkstaette-sandhofen.de](http://www.kz-gedenkstaette-sandhofen.de).
- 6 Das Autorenteam bedankt sich sehr für Hinweise und Anregungen durch Dr. Thomas Lutz (Leiter des Gedenkstättenreferats der Stiftung Topographie des Terrors) und Dr. Katrin Hammerstein (Leiterin und Fachreferentin Gedenkstättenarbeit bei der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg)
- 7 <https://juedisches-unterfranken.de> (aufgerufen am 6. 2. 2020).
- 8 In den meisten Bundesländern entstehen zurzeit Verbände oder Verbundarchive zur elektronischen Langzeitarchivierung. So sind z.B. nicht wenige Stadt-, Gemeinde- und Kreisarchive dem Verbund DIMAG bzw. dem DAN-Verbund (Digitale Archivierung Nord) angeschlossen, eine Software-Suite, die von einem Verbund von Landesarchiven, u.a. Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen, entwickelt wird. DIMAG wird von den Entwicklungspartnern auch öffentlichen Archiven im jeweiligen Bundesland zur Verfügung gestellt, der Anwenderkreis wächst stetig.
- 9 Leitfaden unter [www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/pdf/foerderung/2017/grundsaeetze\\_gedenkstaettenfoerderung\\_juni\\_2016.pdf](http://www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/pdf/foerderung/2017/grundsaeetze_gedenkstaettenfoerderung_juni_2016.pdf) (aufgerufen 4. 2. 2020)
- 10 Als Beispiel genannt sei der »Leitfaden zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum in Karlsruhe« des Stadtarchivs Karlsruhe (gemeinsam erarbeitet mit dem Stadtplanungs- und Liegenschaftsamt). [www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/erinnerungskultur.de](http://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/erinnerungskultur.de) (aufgerufen am 10. 2. 2020).
- 11 <https://arolsen-archives.org> (aufgerufen am 4. 2. 2020)
- 12 Vgl. [www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/pdf/veranstaltungen/2020/info\\_jugendbegleiter\\_ausbildung\\_2020.pdf](http://www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/pdf/veranstaltungen/2020/info_jugendbegleiter_ausbildung_2020.pdf), [www.gedenkstaetten-bw.de/jugendarbeit-gedenk](http://www.gedenkstaetten-bw.de/jugendarbeit-gedenk)
- 13 Vgl. Dokumentation der Heimatsammlungen in Deutschland auf der Homepage des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg, [hwww.bkge.de/Heimatsammlungen](http://hwww.bkge.de/Heimatsammlungen) (aufgerufen am 27. 2. 2020); und Eisler, Cornelia: Verwaltete Erinnerung – symbolische Politik. Die Heimatsammlungen der deutschen Flüchtlinge, Vertriebenen und Aussiedler. Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Band 57. München 2015, S. 12.
- 14 Für bayerisch-tschechische Kooperationen sei auf [www.portafontium.de/?language=de](http://www.portafontium.de/?language=de) verwiesen (aufgerufen am 6. 2. 2020).

# Eine bundespolitische Lobby für über 300 aktive Erinnerungsorte

VERBAND DER GEDENKSTÄTTEN IN DEUTSCHLAND GEGRÜNDET

*Harald Schmid*

Im Englischen wird die Sache mit »Pressure group« unmissverständlich benannt – eine Gruppe, eine Organisation, die an den entscheidenden Stellen politischen Druck ausübt, um eigene Ziele zu erreichen. Im Deutschen redet man von »Lobby« oder »Interessenvermittlung«, beide Begriffe sind im allgemeinen Sprachgebrauch bestenfalls neutral konnotiert – »Lobbyisten« zählen nicht gerade zu den normativen Leitbildern der politischen Kultur Deutschlands. In diese Kategorie fallen eher »Freiwillige« und »Ehrenamtliche«. Diese Form des politischen oder sozialen Engagements wird – zu Recht – viel gerühmt. Es ist auch lange die Basis der Gedenkstätten des Erinnerns an Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus gewesen, in gewisser Hinsicht an vielen Orten bis heute. Eine »Pressure group« für alle Gedenkstätten hat sich auf dieser Grundlage jedoch nur mit großer Verzögerung herausgebildet.

Außenstehende können es vermutlich kaum nachvollziehen: Seit Jahrzehnten existiert hierzulande eine vielgestaltige Gedenkstättenlandschaft mit tausenden von ehrenamtlich und freiberuflich Aktiven und mittlerweile auch hunderten von Festangestellten. Seit Jahrzehnten sind viele dieser Einrichtungen – Gedenkstätten, Erinnerungs- und Lernorte, Dokumentationszentren in allen Teilen des Landes – in engem Austausch mit Politik, Medien und Verwaltung, um öffentliche Aufmerksamkeit und finanzielle Unterstützung für Projekte, Personal und Grundförderung für diese historisch-politischen Bildungsorte der besonderen Art zu bekommen. Seit langem erreichen diese Einrichtungen mit ihren Bildungsangeboten jedes Jahr mehrere Millionen Menschen. Und doch gab es im Unterschied zu allen anderen kulturpolitisch relevanten Bereichen der Gesellschaft bislang keine gemeinsame bundesweite Interessenvertretung für die inzwischen kaum noch überschaubare Gedenkstättenzene. Wenngleich Insider für diesen Umstand diverse Erklärungen wie die Entstehung der meisten (westdeutschen) Gedenkstätten »von unten«, die Dezentralität und Unterschiedlichkeit der Einrichtungen sowie den Kulturföderalismus und den ausgeprägten Individualismus der Engagierten anführen können, bleibt ein Erstaunen über diese lange nicht gefüllte Lücke einer bundespolitischen Lobby für den institutionell ausgeprägtesten Sektor der hiesigen Erinnerungskultur.

## **Zur Geschichte organisierter Interessenvertretung für Gedenkstätten**

Erste Ansätze einer bundesweiten Koordination und Interessenartikulation gehen in die 1980er- und 1990er-Jahre zurück. Gedenkstätteninitiativen aus der ganzen (alten) Bundesrepublik trafen sich 1981 in Hamburg zum ersten Mal. Das 1983 zunächst bei der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste eingerichtete, eine Dekade später dann schließlich an der Berliner Topographie des Terrors angesiedelte Gedenkstättenreferat koordinierte – seit 1984 geleitet von Dr. Thomas Lutz – lange Zeit nahezu alleine die sich zusehends etablierende, nach und nach ausdifferenzierende Gedenkstättenzene. Im Mittelpunkt standen dabei die zweimal jährlich organisierten Gedenkstätten-



seminare. Schrittweise entstanden einzelne, primär nach innen gerichtete Arbeitsgemeinschaften zu einzelnen thematischen Bezügen wie die AG Gedenkstättenpädagogik. Diese losen Zusammenschlüsse waren in erster Linie vom Ziel des Erfahrungsaustauschs des dynamisch sich entwickelnden Felds der Gedenkstätten motiviert.

In Berlin konstituierte sich Anfang der 1990er-Jahre der Gedenkstättenverband. Vorsitzender war Dr. Hans Maur, der frühere Abteilungsleiter »Gedenkstätten der Arbeiterbewegung« im Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin. Diese, noch in der Tradition der DDR-Mahn- und Gedenkstätten stehende Verbandsgründung blieb Episode. Auch die 2001 gegründete, die ostdeutsche Repressionsgeschichte thematisierende Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR war nur wenige Jahre aktiv; inzwischen werden die Interessen dieser Einrichtungen primär von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vertreten.

Unter dem Einfluss der öffentlichen Debatte um eine bundeseinheitliche Gedenkstättenförderung schlossen sich dann 1997 die wenigen großen Einrichtungen zusammen und agieren seither als Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland. Im Kontext dieser Gründung gab es auch Kritik, die vor allem in der Sorge gründete, die kleinen und mittelgroßen Einrichtungen könnten im Schatten der großen an den Rand gedrängt werden. Parallel dazu gab es beispielsweise in Hessen eine Initiative zur Koordination der Gedenkstätten auf Bundesebene. Auch erste, meist Landesarbeitsgemeinschaft oder ähnlich benannte Vertretungen auf Landesebene entstanden nun, mitunter parallel zu Landesstiftungen oder einem stärkeren Engagement der Landeszentralen für politische Bildung.

Im Gefolge der Auseinandersetzungen seit den frühen 1990er-Jahren um die Überleitung der vormaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR und um einzelne Neukonzeptionen wie in Buchenwald, besonders aber um eine Gedenkstättenförderung auf Bundesebene konnte sich die AG KZ-Gedenkstätten als Interessenvertretung etablieren. Sie war auch beteiligt am Zustandekommen der zunächst 1999, sodann 2008

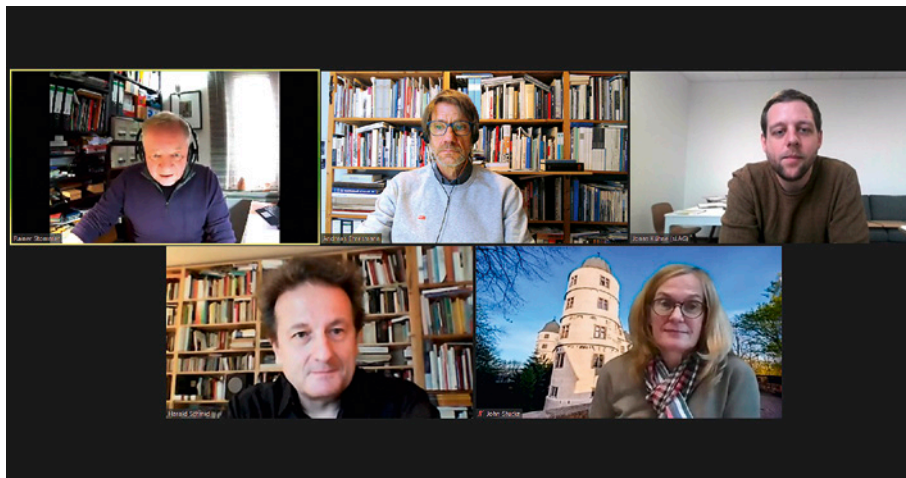
Erstmals mit einer eigenen Veranstaltung in Berlin:  
Am 16. April 2018 diskutieren das FORUM und die AG KZ-Gedenkstätten in der Berliner Landesvertretung Schleswig-Holsteins unter anderem mit Bundestagsabgeordneten von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen das Thema »Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus«.

in der bis heute maßgeblichen Fassung verabschiedeten nationalen Förderstruktur »Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes«.

Die AG KZ-Gedenkstätten ist ein informeller, rechtlich nicht verfasster Arbeitszusammenhang, ohne Geschäftsordnung, Richtlinien oder Satzung. Auch eine eigene Webpräsenz hat die AG nicht aufgebaut. Die von Thomas Lutz als Mitglied und Geschäftsführer unterstützte AG hat seit etwa 25 Jahren immer wieder mit öffentlichen Statements zu Gedenkstättenangelegenheiten im Allgemeinen und zu geschichtspolitischen Fragen im Umgang mit der NS-Vergangenheit im Besonderen Stellung genommen. Sie hat auch Aufgaben der Politikberatung übernommen, insbesondere im Rahmen der Entstehung und Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. In ihr sind nur die großen, anteilig vom Bund geförderten Gedenkstätten vertreten. So war die Arbeitsgemeinschaft »natürlicher« Ansprechpartner für die seit 1998 (als das Amt unter der rot-grünen Bundesregierung eingerichtet wurde) amtierenden fünf verschiedenen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien – und umgekehrt.

Angesichts des unübersehbaren, auch in den Neugründungen von Landesarbeitsgemeinschaften sich niederschlagenden Wachstums der Gedenkstättenlandschaft und der damit einhergehenden Ausdifferenzierung wurde seitens der kleinen und mittelgroßen Einrichtungen das Fehlen einer gemeinsamen Austausch- und Lobby-Plattform zunehmend spürbar. Nach jahrelangen Vorbereitungen konstituierte sich schließlich 2014 das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland. Im FORUM kamen zunächst sieben, später zehn Landesarbeitsgemeinschaften zusammen, die knapp 300 einzelne Einrichtungen und Initiativen repräsentierten. Mit seiner Gründung verabschiedete es auch förmliche Tätigkeitsrichtlinien und präsentierte sich bald darauf mit einer eigenen Website ([www.forum-lag.org](http://www.forum-lag.org)) und einem Image-Flyer. Vor dem ebenfalls erwogenen Schritt zur Vereinsgründung schreckten die Beteiligten zurück – noch. Gleichwohl verstand sich das FORUM explizit auch als Interessenvertretung auf Bundesebene. Das FORUM, geleitet von einem vierköpfigen Sprecher\*innen-Rat, traf sich während seines sechsjährigen Bestehens zweimal jährlich zu Mitgliederversammlungen.

Mit dem FORUM wurde die seit den späten 1990er-Jahren sowohl hinsichtlich der Zahl der am historischen Ort gegründeten aktiven Einrichtungen als auch mit Blick auf die historischen Themen immer breitere und vielgestaltigere Gedenkstättenlandschaft erstmals auf interessenpolitischer Ebene organisatorisch sichtbar. Dazu zählten verschiedene Aktivitäten, beispielsweise 2018 eine vom FORUM initiierte und organisierte, zusammen mit der AG KZ-Gedenkstätten in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung erstmals in der (auch interessenpolitischen) Bundeshauptstadt Berlin organisierte öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, unter anderem mit zwei Bundestagsabgeordneten, ebenso gemeinsam mit der AG KZ-Gedenkstätten verfasste öffentliche Statements. Das FORUM organisierte unter seinen Mitgliedern Umfragen, etwa um verlässliche Angaben über die Zahl der Besucher\*innen oder über rechtspopulistische oder rechtsextremistische Vorfälle in Gedenkstätten zu erhalten. Unter dem Dach der jährlichen Gedenkstätentagungen etablierte sich auch der regelmäßige Austausch zwischen dem FORUM und der AG KZ-Gedenkstätten. Ein Kernproblem freilich konnte das FORUM in seiner Verfasstheit nicht lösen: Für eine professionelle Lobbyarbeit sind feste, auch rechtlich tragfähige Strukturen erforderlich – und zumindest ein Minimum an organisatorischen Ressourcen inklusive eigener finanzieller Mittel.



Der Vorstand des neuen Verbands während einer Video-Konferenz (vgl.): Rainer Stommer, Andreas Ehresmann, Jonas Kühne, Harald Schmid und Kirsten John-Stucke. Nicht im Bild sind die kooptierten Vorstandsmitglieder Thomas Lutz und Jens-Christian Wagner.

### Vereinsgründung in unruhigen Zeiten: Bundesverband der Gedenkstätten

Seit einigen Jahren hat sich der politische Diskursraum verändert, auch der geschichtspolitische. Im Kontext der AfD-Gründung und ihrer Wahlerfolge, der internationalen Debatten um rechtsautoritäre Entwicklungen und Gefährdungen der Demokratie, und insbesondere der Attentate des NSU und in Kassel, Halle und Hanau ist die Aufmerksamkeit und demonstrative Wertschätzung der Landes- und Bundespolitik für die Kultur des Erinnerns und speziell für die Gedenkstätten zur Vergegenwärtigung der nationalsozialistischen Verbrechen nochmals stark gestiegen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble betonte in der Gedenkstunde des Parlaments am 31. Januar 2019: »Aus der deutschen Schuld erwächst unsere Verantwortung, nicht vergessen zu dürfen. Um die Menschen zu ehren, die ihr Leben verloren haben, um ihnen ihre Würde zurückzugeben. Um unserer selbst willen. Erinnerungskultur ist deshalb auch nicht allein Sache der Zivilgesellschaft, sondern sie gehört mit zu den staatlichen Aufgaben. Und wer daran rütteln wollte, legt Hand an die Grundfesten dieser Republik.« Dass diese Erinnerung auch an der Staatsspitze zu den »Grundfesten dieser Republik« zählt, war jahrzehntelang – zumindest in dieser offensiven Proklamation – nicht selbstverständlich.

In dieser Situation und um den Herausforderungen einer sich stetig verändernden Gesellschaft und Ansprüchen an die Erinnerungskultur zu begegnen, war eine professionelle, bundespolitisch aktive und wahrnehmbare Lobby für die Gedenkstätten, Erinnerungs- und Lernorte und Dokumentationszentren längst überfällig. Nach über zwei Jahrzehnte geführten Diskussionen um eine angemessene bundesweite Interessenvertretung der Gedenkstätten und mehr als zweijährigen Satzungsdiskussionen war es am 9. Dezember 2020 endlich soweit: Die ursprünglich für die Bundesgedenkstättentagung in Stuttgart geplante Vereinsgründung wurde pandemiebedingt in einer zweieinhalbstündigen Online-Versammlung vollzogen. Delegierte der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen zusammen mit dem Gedenkstättenreferat und Vertretern der AG KZ-Gedenkstätten gründeten den Verband der Gedenkstätten in Deutschland – Forum der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, Arbeitsgemeinschaften und Dokumentationszentren (Kurzform: Verband der Gedenkstätten in Deutschland – VGD).

Zu den Gründungsmitgliedern des Dachverbands gehören die Landesarbeitsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Der erstmals gewählte Vorstand des Verbands umfasst insgesamt sieben Mitglieder: 1. Vorsitzender ist Dr. Rainer Stommer (Lern- und GeDenkOrt Alt Rehse, Mecklenburg-Vorpommern), 2. Vorsitzende sind Andreas Ehresmann (Gedenkstätte Lager Sandbostel, Niedersachsen) und Jonas Kühne (Sächsische LAG Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus), ferner sind Kirsten John-Stucke (Kreismuseum Wewelsburg, Nordrhein-Westfalen) und Dr. Harald Schmid (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten) in den Vorstand gewählt worden. Zwei weitere Mitglieder sind kooptiert, Dr. Thomas Lutz (Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin, IC Memo) und der Sprecher der AG KZ-Gedenkstätten, Prof. Dr. Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Thüringen).

Der neugegründete Verband wird sich besonders darum bemühen, die charakteristisch dezentrale Struktur der Erinnerungslandschaft zu stärken. Im Mittelpunkt der künftigen Arbeit des Bundesverbands stehen dabei gleich mehrere Aufgabenkomplexe. Vorrangig ist die Interessenvertretung gegenüber Politik, Medien und Wirtschaft, insbesondere die dringend erforderliche finanzielle Stärkung der Verbandsarbeit. Nicht weniger wichtig ist die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung. Schließlich hat sich der Verband auch die intensive Förderung des bundesweiten Erfahrungs- und Informationsaustausches der Gedenkstätten und Initiativen sowie die Stärkung der Kooperationen mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Erinnerungskultur und historisch-politischer Bildung auf die Fahnen geschrieben, um die Professionalität der Einrichtungen zu stärken.

Mit der Vereins- und Verbandsgründung besteht nun endlich die Chance, die Interessen der breiten und pluralen Gedenkstättenzene auf Bundesebene professionell zu vertreten. Insofern ist damit zumindest organisatorisch ein Standard erreicht, wie er in anderen kulturpolitischen Feldern wie Musik, Theater oder Bildende Kunst schon lange selbstverständliche Normalität ist. Diese Chance einer interessenpolitischen Abbildung und Umsetzung des tatsächlichen Gewichts der Gedenkstätten wahrzunehmen, zielstrebig und beharrlich zu verfolgen, wird in den nächsten Jahren allen Beteiligten viel zusätzliche Arbeit bescheren – und mitunter auch die nötige Dosis Frustrationstoleranz erfordern. Aber sicher ist schon jetzt: Die Stimme der Gedenkstätten wird künftig sichtbar und hörbarer sein. Denn ihre Pressure group ist jetzt am Start.

Kontakt: Verband der Gedenkstätten in Deutschland e.V.  
c/o Stiftung Topographie des Terrors – Gedenkstättenreferat  
Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin  
info@forum-lag.org | Telefon 03962-221123 (Rainer Stommer)

**Dr. Harald Schmid**, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten und stellvertretender Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. Er war Gründungs- und Sprecherratsmitglied des FORUMS der Landesarbeitsgemeinschaften, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland und ist im Dezember 2020 in den Vorstand des VGD gewählt worden.